Nr. 519 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 259

Bezugspreis:
Vom 4.—10. November 42 Milliarden Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 4.—10. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 53 Milliarden, für das übrige Ausland 63 Milliarden. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt

15 Milliarden M.

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark. Reklamezeile 3,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,50 Goldmark.
Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Dienstag, den 6. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Gegen den drohenden Rechtsputsch.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlenmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Ueberganges zu einer neuen wertbeständigen Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwierigster Wirtschaftsverhältnisse und unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegkommen sollen, dann ist Voraussetzung dafür:

Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt.

Bedenkt auch, wie eine Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder an Rhein und Ruhr wirken müßte, die im schwersten Kampfe gegen bezahlte bewaffnete separatistische Horden ihr Deutschtum verteidigen! Sie haben das Recht zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mitführt, und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt. Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgendeine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eide ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, den 5. November 1923.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.
Die Reichsregierung. gez. Dr. Stresemann.

Der vorstehende Aufruf beweist, daß sich auch die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung der drohenden Gefahren allmählich bewußt wird. Wäre ihr früher diese Erkenntnis gekommen, so hätte sie vielleicht schon früher etwas mehr Energie gegen Bayern und weniger Ueberstürzung gegen Sachsen entwickelt, und wäre ihr selbst die Krise, die ihre parlamentarische Basis zerstört hat, erspart geblieben.

Indes ist die Zeit nicht danach angetan, von Vergangenem zu reden. Der Aufruf spricht selbst aus, was unheilverkündend vor uns steht. Die abscheulichen Dinge, die sich gestern nachmittag und abend in Berlin zutrugen, die regelrechten Judenhetzen, die im Scheunenviertel von völkischen Agitatoren entfacht wurden — sie zeigen deutlich, was die Uhr geschlagen hat. Viel schlimmer noch als der Schaden an Leib und Leben sind die Verheerungen, die durch solche Vorgänge in der auswärtigen Politik angerichtet werden. Es ist für Herrn Poincaré keine Kunst, mit Hilfe solchen Materials alle Sympathien zu ersticken, die sich in England, Amerika und sonst in der Welt für das deutsche Volk zu regen beginnen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Ausschreitungen Glieder einer Kette, daß sie das Vorspiel größerer Ereignisse sind. Die Rechtspresse fährt — unter dem militärischen Belagerungszustand — fort, eine herausfordernde und drohende Sprache zu führen, als fühle sie sich schon vollkommen Herr der Lage. Von einem Vorgehen gegen sie verlautet nichts. Ebensowenig von einer Aufforderung der Reichsregierung an Bayern, den Rüstungen gegen das Reich ein Ende zu machen, ebensowenig von einer Absicht, die legalen bewaffneten Organisationen mit republikanisch zuverlässigen Elementen aufzufüllen und sie zur Verteidigung der Republik aufzurufen. Bei dieser Gelegenheit bemerkt man, daß das Wort Republik im Aufruf der Reichsregierung gar nicht enthalten ist.

Von der Gespanntheit der Lage zeugen auch die Gerüchte, die durch die Luft schwirren. Als der Tag, an dem die „nationale Diktatur" errichtet werden soll, wird der 8. oder der 9. November genannt. Man will sogar schon die Personen kennen, aus denen das kommende Direktorium bestehen soll; die „Vossische Zeitung" nennt den zur Politik abkommandierten Stinnes-Direktor Minoux, den Landbündler v. Oppen, den Botschafter in Amerika Wiedfeldt und den bayerischen Reichsfreiherrn v. Gayl. Ob Ludendorff mit dieser Liste einverstanden ist, wissen wir nicht; weniger wichtig dürfte bei dem sich überstürzenden Lauf der Ereignisse die Zustimmung des Herrn v. Kahr sein, der ja auch wiederum von den Völkischen bekämpft wird, weil man ihn in Abhängigkeit von einer „parlamentarischen Regierung", nämlich der des Herrn v. Knilling, wähnt.

Im Zusammenhang mit den Plänen eines Direktoriums, das sich um den Namen Minoux gruppiert, ist es interessant, daß der völkische Graf Reventlow in seinem „Reichswart" die Bemerkung macht, mit „Zwischenlösungen" könne man nicht helfen, das könne auch nicht die Hergt-Helfferich-Partei oder „im Bunde mit hervorragenden Fachleuten" die Reichswehr. Ein derartiger Bund scheint in rechtsstehenden Kreisen lebhaft in Erwägung gezogen zu werden, worauf auch die folgenden Bemerkungen des Grafen Reventlow hinweisen:

Aber „das Militär"! Es ist sicher, daß dessen Chef, General v. Seeckt, den sogenannten legalen Weg nicht verlassen will. Ob einmal Ereignisse ihn zwingen werden, diesen zu verlassen, ist eine Sache für sich. Seine politische, wahrscheinlich auch persönliche Neigung verbindet den General mit den Parteien des Kapitalismus, ob etwas mehr oder etwas weniger „rechts", das ist für den Haupteffekt ziemlich gleichgültig. Vor reichlich einer Woche ist der deutschnationale Führer Hergt beim General v. Seeckt gewesen, und es heißt, daß die „Verständigung" vollkommen sei. Das ist glaubhaft und würde keineswegs damit im Widerspruch stehen, daß, wie erzählt wird, den Offizieren der Reichswehr das Kabinett Stresemann als wert, gestützt zu werden, bezeichnet wird.

Danach scheint es, als ob in den politischen Gruppierungen rechts von Stresemann keineswegs Uebereinstimmung über die Methode bestünde, nach der das deutsche Volk endgültig glücklich zu machen ist. Diese Uneinigkeit und die Operettenhaftigkeit des ganzen Treibens könnte für die Republikaner eine Ermutigung sein, wenn hier ein geschlossener Abwehrwille bestände und wenn es eine Regierung gäbe, die bereit wäre, gestützt auf die republikanisch gesinnten Kräfte der Nation, den Kampf gegen den reaktionären Umsturz aufzunehmen.

Da dies leider nicht der Fall ist, muß die Lage als äußerst ernst betrachtet werden. Zwischen den Kräften der Reaktion und den gegen sie kampfbereiten Massen stehen der behördliche Apparat und die legale bewaffnete Macht. Es wäre verfehlt, sie von rückwärts überrennen zu wollen, sie würden dann zwischen zwei Feuer geraten und wahrscheinlich eine volle Wendung vollziehen, worauf die Rechtsradikalen das Spiel gewonnen hätten. Es bleibt also nichts anderes übrig, als, solange es noch Zeit ist, immer wieder auf die Größe der drohenden Gefahr hinzuweisen und eine organische Verbindung anzustreben zwischen denen, deren Beruf es ist, die Republik zu verteidigen, und denen, die den leidenschaftlichen Willen dazu haben.

Die Reichsregierung sagt allerdings zum Schluß ihres Aufrufs, sie vertraue darauf, daß, wenn ihr der Kampf wider ihren Willen aufgezwungen werden sollte, „das gesamte deutsche Volk geschlossen für Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten werde". Das ist ein bißchen viel gesagt, da in diesem Fall die rechtsstehenden Kreise und die Kommunisten aus dem „gesamten deutschen Volk" ihrer eigenen Willensrichtung nach ausgeschlossen sind, nach der anderen Seite aber ein bißchen wenig, weil es sich nicht um ein bloßes „Eintreten" handelt, sondern um einen Kampf auf Leben und Tod. Die Regierung soll sagen, ob sie bereit ist, denen Waffen in die Hand zu geben, die als Soldaten der Republik für die Republik kämpfen wollen. Dann wird ein mannhafter Ruf eine mannhafte Antwort finden, und die Herrschaften von rechts, denen das Blutvergießen nur so lange sympathisch ist, als es nicht auf ihre Kosten geschieht, werden sich schleunigst in die Mauselöcher zurückbegeben, in die sie vor fünf Jahren gekrochen sind.

Andernfalls aber werden demnächst die Pogromhelden von München und Berlin und die Strategen vom Coburger Hauptquartier die Herren Deutschlands sein. Sie werden dann ihren vergänglichen Sieg nicht ihrer eigenen Stärke verdanken, sondern der Schwäche und Unentschlossenheit der Reichsregierung.

Die Beratungen der Parteien.

Reichspräsident Ebert empfing gestern in Gegenwart des Reichskanzler die Führer der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten, um mit ihnen den Aufmarsch an der Thüringer Grenze zu besprechen. Auch der inzwischen erschienene Aufruf der Reichsregierung war Gegenstand der Debatte. Wahrscheinlich werden die Parteien, deren Führer an der Besprechung beteiligt waren, sowie die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten den Aufruf der Regierung durch eigene Aufrufe unterstützen.

Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei war zu der Besprechung nicht erschienen, die Volkspartei beschäftigte sich jedoch in einer Fraktionssitzung mit der drohenden Gefahr. Der Reichskanzler, der an der Sitzung teilnahm, soll sich einem „VDZ."-Bericht zufolge gegen eine Mobilisation freiwilliger Hilfskräfte zum Schutze der Republik ausgesprochen haben, da die Reichswehr zuverlässig sei und „etwaiger" Unruhen allein Herr werden könne. Das Resultat der Sitzung war die Einsetzung eines Kleinen Ausschusses zum Stadium der Währungsfrage.

Die Beratungen der Zentrumsfraktion sind auch gestern nicht zu Ende geführt worden. Wie es heißt, bemüht sich der eine Flügel, Anschluß nach rechts zu finden, während der andere Teil hofft, die Sozialdemokratie zu einer wohlwollenden Neutralität zu bewegen. Die Mehrheit der Fraktion scheint auf ein Kabinett Stresemann auf der Basis der Rumpfkoalition hinzuarbeiten.

Die Entscheidung des Zentrums wird von den Entschlüssen der Demokraten stark beeinflußt werden. Es hat zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Demokraten eingeleitet, die sich noch nicht im klaren darüber zu sein scheinen, ob sie unter dem Reichskanzler Stresemann weiterarbeiten sollen oder nicht.

Der Reichstag kann unter diesen Umständen zu seiner beabsichtigten Sitzung am Mittwoch nicht zusammentreten. Der Aeltestenrat hat beschlossen, es einer Vereinbarung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichskanzler zu überlassen, wann die Sitzung abgehalten werden kann. Der Termin hängt davon ab, wann der Reichskanzler nach der Rekonstruktion seines Kabinetts in der Lage ist, Erklärungen als Grundlage für die allgemeine politische Aussprache abzugeben. Es ist möglich, daß die Sitzung noch in dieser Woche zustande kommt. Jedenfalls hat der Aeltestenrat den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag spätestens im Laufe der nächsten Woche wieder zusammentritt.

Der Auswärtige Ausschuß, der für Dienstag nachmittag berufen war, ist wegen der Verschiebung der Plenarsitzung gleichfalls abgesagt worden; er wird am Tage vor der Plenarsitzung von neuem berufen werden.

Keine Halbheiten!

Sagt die „Kreuzzeitung".

„Mit Gott für König und Vaterland" kämpft die tapfere „Kreuz-Zeitung" spaltenlang morgens und abends gegen die Sozialdemokratie und gegen den Marxismus. Sie bedauert nicht nur, daß Stresemann diesen „Kampf gegen den Marxismus" als leere Phrase bezeichnet hat, sie entdeckt auch, daß Bayern „nicht gegen das Reich, sondern ebenso wie wir Preußen gegen den inneren Reichsfeind, die Sozialdemokratie, kämpft". Damit landet sie glücklich wieder bei dem Schlagwort von der Reichsfeindschaft, mit dem Bismarck vor Jahrzehnten unter ganz anderen, und sicher für einen solchen Kampf viel günstigeren Verhältnissen die Arbeiterschaft vergeblich niederzukämpfen suchte. Die „Kreuz-Zeitung" glaubt gegenüber Stresemann schon die letzten Trümpfe ausspielen zu dürfen. Ueber die Situation in Bayern versichert sie — und warum sollte sie darüber nicht unterrichtet sein:

„Die Spannung ist so groß, daß möglicherweise dem besonnenen Herrn v. Kahr und auch den mit ihm gehenden vaterländischen Verbänden die Leitung entgleitet."

Die „Kreuz-Zeitung" weiß auch genau, was Bayern will. Bayern will nicht nur den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung. „Bayern fordert den Rücktritt Stresemanns und seines Rumpfkabinetts". Der Austritt der sozialdemokratischen Minister ist für die Rufer im Streit gegen den Marxismus „nur ein Anfangserfolg". Ihnen sollen alle diejenigen folgen, die die „Verbindung mit der So-

zialdemokratie aufrechterhalten, d. h. mindestens die Hälfte der politischen Vertretung des Bürgertums. Die „Kreuz-Zeitung" bestätigt ausdrücklich die Richtigkeit unserer Behauptung, daß das leichtfertige Abschütteln der Sozialdemokratie den Mittelparteien die Auseinandersetzung in Deutschland nicht ersparen würde.

„Dr. Stresemann hat gehofft, daß durch den Austritt der Sozialdemokraten in Bayern eine Beruhigung Platz greifen würde. Das mußte natürlich ein großer Irrtum sein. Die Dinge haben sich viel zu sehr zugespitzt, um ihnen mit Halbheiten begegnen zu können."

Unverhüllt und drohend glaubt das Junkerblatt erklären zu können, daß ein Vorgehen gegen Bayern mit Waffengewalt oder mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sei, denn ein solches Vorgehen werde den endgültigen Verfall des Reiches bedeuten. Heuchlerisch wird versichert, daß „Bayern und Norddeutschland, soweit es national denkt, alle Mittel daran setzen, um dieses Aeußerste zu vermeiden". Helfen könne nur die Kapitulation der Reichsregierung vor Bayern. Um dieses Kapitulieren zu erleichtern, unternimmt man offenbar in den Straßen Berlins Entlastungsoffensiven, indem man Judenpogrome inszeniert und begünstigt. Die Aufmachung, die die Rechtspresse den Plünderungskrawallen Berlins gibt, zeugt von der Freude, mit der diese Dinge in gewissen Kreisen aufgenommen werden. Die Herrschaften heben recht. Es ist keine Zeit mehr für Halbheiten, die Auseinandersetzung ist unvermeidlich, sie wird und muß kommen.

Wer beschimpft die Reichswehr?

In dem Erlaß des Reichswehrministers gegen „öffentliche Beschimpfungen der Reichswehr" und gegen die „Verbreitung unwahrer Nachrichten" über das Verhalten der Wehrmacht erblickt die „Deutsche Tageszeitung" eine „freilich späte Wirkung der maßlosen Hetze", die der „Vorwärts" im Anschluß an die Vorgänge in Sachsen inszeniert haben soll.

Wir wissen nicht, ob diese Interpretation des Geßlerschen Erlasses durch das deutschnationale Agrarierblatt den im Reichswehrministerium herrschenden Anschauungen entspricht. Gleichviel müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung verwahren, als hätte der „Vorwärts" gegen die Reichswehr „gehetzt" oder sie beschimpft.

Freilich, es ist uns bekannt, daß hohe militärische Stellen über unsere Ausführungen „Dresden-Zabern" dermaßen erbittert gewesen sind, daß sie auf ein Verbot des „Vorwärts" drängten. Aber wir können nicht glauben, daß dieselben Stellen, denen das Ansehen der Reichswehr im Inland und im Ausland ebenso am Herzen liegen dürfte wie uns, mit den dortigen Vorfällen innerlich einverstanden waren. Daß sie aus einem Gefühl der militärischen Solidarität heraus nach außen hin die maßlosen politischen Ungeschicklichkeiten unpolitischer Befehlshaber deckten, mag menschlich zu begreifen sein. Uns sind aber verschiedene Fälle bekannt, wo höhere Reichswehroffiziere aus ihrer Empörung über die sächsischen Vorkommnisse kein Hehl machten.

Wenn der „Vorwärts" in seinem Bestreben, die Kluft zwischen Reichswehr und verfassungstreuer Arbeiterschaft zu überbrücken, bisher nicht viele Erfolge zu verzeichnen hatte, so liegt das wohl vor allem an den häufigen Vorkommnissen, die uns zuverlässig aus der Reichswehr selbst gemeldet wurden und über die wir selbstverständlich stets berichtet haben. Wo sich dagegen eine Gelegenheit bot, Erfreuliches über die Reichswehr zu berichten, ist sie ergriffen worden: siehe Küstrin. Es ist freilich nach allem, was in den letzten Jahren — vor und nach dem Kapp-Putsch — vorgekommen ist, keine leichte Aufgabe, Verständnis und Sympathie für die Reichswehr in den sozialdemokratischen Arbeitermassen zu wecken. Gerade die „Vorwärts"-Redaktion hat manche Anfeindung aus den eigenen Reihen dadurch hervorgerufen, daß sie in diesem Sinne tätig war. Und die Vorgänge in Sachsen und Bayern schienen eher diejenigen Recht zu geben, die den sachlichen Optimismus des „Vorwärts" gegenüber der Reichswehr als Illusionspolitik kritisierten.

Nicht an uns, sondern an der Reichswehr selbst und an ihrer Leitung liegt es, in der allernächsten Zeit den Nachweis zu erbringen, ob dieser sachliche Optimismus gerechtfertigt war oder nicht. Wir wollen im Interesse der Reichseinheit die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die Reichswehr getreu ihrem Eide und ihrer Ehre die Verfassung gegen Kahr und Lossow verteidigen wird. Gegenüber den Denunziationen der deutschnationalen Presse stellen wir fest: nicht wir, sondern jene Blätter beschimpfen die Wehrmacht, welche behaupten, daß die Reichswehr des verfassungsmäßigen Generals von Seeckt auf die Truppenteile nicht schießen dürfe und nicht schießen werde, die sich dem verfassungsbrüchigen General v. Lossow unterstellt haben.

Da nun einmal von Presseverboten die Rede ist, möchten wir Dr. Geßler nahelegen, seine Verordnung dahin zu ergänzen, daß es bei Strafe der Beschlagnahme verboten wird, die verfassungsbrüchigen Staat verpflichtet ist, die einem meuternden General Gefolgschaft leistet und die deshalb von General von Seeckt selber in seinem Aufruf vom 20. Oktober als eidesbrüchig bezeichnet wurde.

Kahr verbietet die „Judenpresse".

München, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Mit Wirkung vom 3. November hat der Generalstaatskommissar verfügt, daß der „Vorwärts", der „Berliner Börsen-Kurier", das „Berliner Tageblatt", die „Vossische Zeitung", die „B. Z. am Mittag" sowie die „Frankfurter Zeitung" im rechtsrheinischen Bayern weder feilgehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angeschlagen oder sonstwie verbreitet werden dürfen. In dem zu diesem Verbot gegebenen Kommentar der „Bayerischen Staatszeitung" heißt es: „Diese Verordnung ist veranlaßt worden durch die Art und Weise, wie in diesen Blättern gegen Bayern Stimmung zu machen versucht wird, indem die unglaublichsten Lügennachrichten erfunden und verbreitet und an den Personen des Generalstaatskommissars und seiner Berater eine über alles Maß hinausgehende Kritik übt. Diese Hetze war geeignet, die allgemeine Ruhe und Ordnung zu gefährden, so daß die Anordnung einen Akt der Notwehr gegenüber einer verlogenen Berichterstattung darstellt."

München, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei der am Sonntag vorgenommenen Grundsteinlegung des Münchener Kriegerdenkmals wurde besonders bemerkt, daß Ludendorff und Hitler nicht anwesend waren. Ludendorff ließ sich nachträglich durch die „Münchener Neuesten Nachrichten" damit entschuldigen, daß ihm leider sein bestelltes Auto im Stich gelassen habe. Diese Ausrede hat der General schon einmal in ähnlicher Form früher gebraucht. An dem Vorbeimarsch der Reichswehr und der vaterländischen Organisationen vor Rupprecht, Lossow, Kahr und Knilling beteiligte sich auch der Hitlersche Kampfbund, der merkwürdigerweise seine schwarzweißroten Hakenkreuzfahnen mit blauweißen Schleifen verziert hatte. Nach Beendigung der Feier gestattete sich Hitler in der Maximilianstraße seinerseits den Luxus, den Parademarsch „seiner" Regiments abzunehmen.

Heim zieht sich zurück.

München, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Heim wird sich in allernächster Zeit völlig aus dem politischen Leben zurückziehen; seine Erkrankung am grauen Star ist trotz operativen Eingriffs so weit fortgeschritten, daß seine völlige Erblindung nicht mehr aufzuhalten ist.

Christliche Arbeit gegen Kahr.

München, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutsche Volkspartei des Wahlkreises Oberbayern-Schwaben fordert in einer Entschließung von der bayerischen Staatsregierung und dem Generalstaatskommissar, daß sie dem von der neu zu bildenden Reichsregierung erstrebten Ausgleich mit Bayern keine weiteren Schwierigkeiten bereiten.

Die christlichen Gewerkschaften Süd-Bayerns haben schon mehrfach in öffentlichen Kundgebungen ihre Gegnerschaft zu der augenblicklichen Politik der Bayerischen Volkspartei, ganz besonders aber gegen Herrn v. Kahr zum Ausdruck gebracht. Jüngst kam diese Gegnerschaft im Münchener Ortskartell so stark zum Durchbruch, daß sicherem Vernehmen nach verschiedene christliche Gewerkschaftsführer, u. a. auch der Vorsitzende des Ortskartells München, ihren Austritt aus der Bayerischen Volkspartei erklärt haben.

General Müller verbietet.

Dresden, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) General Müller, der sächsische Wehrkreiskommandeur, hat eine Verordnung erlassen, wonach „Nachrichten über den Gebrauch der Waffe von seiten der Truppen in jedem Falle vor der Veröffentlichung der Prüfung der vorgesetzten militärischen Kommandostelle unterliegen. Unter vorgesetzte militärische Kommandostellen sind Bataillonsführer oder deren höhere Vorgesetzte zu verstehen, zu deren Verband die Mannschaften gehören, die von der Waffe Gebrauch gemacht haben". Zu dieser Knebelung der Presse sieht sich der Wehrkreiskommandeur veranlaßt, weil nach der Darstellung des Wehrkreiskommandos über die „Zusammenstöße der Reichswehr mit radikalen Teilen der Bevölkerung" hetzerische Berichte gegen die Reichswehr in der Presse, insbesondere in den kommunistischen Blättern, veröffentlicht worden seien. Diese Berichte seien eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Zwickau, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder haben gegen die Verhaftung unserer Genossen beim Einmarsch der Reichswehr in Zwickau dadurch protestiert, daß sie ihre Mitarbeit im Gemeinderat bis zur Freilassung der Verhafteten einstellen. Der Reichswehrkommandant in Zwickau, Oberst v. Brandenstein, hat eine Funktionärkonferenz der Partei verboten, die Polizeistunde verkürzt und eine Reihe weiterer Maßnahmen angeordnet, zu denen er nicht berechtigt ist. Eine Abordnung der Stadt Zwickau ist am Montag beim Wehrkreiskommando in Dresden vorstellig geworden, um gegen diese Anordnung und die Besetzung der Stadt durch Reichswehr, zu der kein Anlaß gegeben war, Verwahrung einzulegen.

Um die Auflösung des Landtags.

Dresden, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstagsitzung des Landtages wird der Antrag der Volkspartei auf Auflösung des Landtages zur Abstimmung kommen, da sich die Demokraten bisher vergebens bemüht haben, die Volkspartei zur Zurückziehung ihres Antrages zu bewegen. Soweit man bisher sehen kann, wird im ungünstigsten Fall der volksparteiliche Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten bei Stimmengleichheit abgelehnt werden.

Nationalsozialistische Putschvorbereitungen.

Dresden, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die rechtsradikalen Organisationen haben die Parole: „Erhöhte Alarmbereitschaft" ausgegeben. Auf der Chaussee Hof—Plauen wurden am Sonntag zwei Lastautomobile beobachtet, in denen sich zahlreiche junge Leute mit nationalistischen Abzeichen befanden. Beim Passieren der einzelnen Ortschaften versuchten die Autoinsassen, sich dadurch unsichtbar zu machen, daß sie im Wagen niederknieten. In Oelsnitz ließen die Nationalsozialisten Leuchtkugeln aufsteigen. Die Ortsgruppe Plauen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hat ihren Mitgliedern Gestellungsbefehle zugehen lassen, in denen zum sofortigen Eintritt in die Abwehrformationen aufgefordert wird. Das sächsische Gesamtkabinett hat sich am Sonntag infolge der alarmierenden Meldungen aus Bayern mit diesen Erscheinungen beschäftigt. Auf Grund verschiedener privater Meldungen aus München wird angenommen, daß eine Aktion der Nationalsozialisten in München und im Reiche zum 9. November bevorsteht.

Der Prozeß gegen den Mörder des russischen Delegierten Worowsky hat gestern in Lausanne begonnen. Die Verhandlungen werden etwa acht bis zehn Tage dauern. Die Lausanner Polizei hat strenge Ueberwachungsmaßnahmen getroffen.

Unsere Nerven.

Von M. Charol.

Unsere Nerven sind überreizt. Natürlich ist die Zeit daran schuld, die Verhältnisse, die Not. Aber wenn wir auch wissen, wer daran schuld ist, so wird die Tatsache der Nervenüberreizung dadurch nicht behoben. Das Leben des Großstädters, das ihn in ständige Berührung mit Tausenden ebenso überreizten Menschen bringt, ist eine ständige Quelle für neue Aufregungen, neuen kleinlichen Aerger, der an sich unwichtig, summiert doch das Dasein zur ständigen Qual machen kann. Und dabei brauchte es nur etwas guten Willen, nur ein ganz klein wenig Rücksicht auf den andern, um das Leben nicht nur für sich, sondern auch für die Allgemeinheit angenehm zu machen.

Wieviel Aerger könnte vor allem in den Stunden, die der Großstädter täglich unterwegs verbringt, vermieden werden, wenn in den Großverkehrszeiten ein Schalter mehr geöffnet wäre, wenn der Beamte bei der Sache wäre, wenn die Fahrgäste das Geld abgezählt hätten und sich nicht zwanzig Minuten lang mit den Bekannten unterhielten, um erst vor dem Schalter in der Tasche zu kramen und schließlich eine große Note zum Wechseln zu geben. Wieviel Aerger könnte vermieden werden, wenn die Leute wirklich rechts durch die Sperre gingen und nicht, in der Sperre stehend, ihre Fahrkarten zu suchen anfingen. Und muß denn die Unterhaltung unbedingt auf der Treppe, als Keilgruppe im Menschenstrom, fortgesetzt werden? Muß man beim Ein- und Aussteigen die Zugtür offen lassen oder sie rücksichtslos zuschlagen, ohne hinzuschauen, ob man sie einem Nachgehenden vor der Nase zuschlägt oder ihn gar verletzt? Muß man endlich beim Einsteigen, besonders wenn der Andrang groß ist, direkt an der Tür stehen bleiben, damit der Nächste nicht herein kann und auf dem Trittbrett steht, wenn der Zug sich in Bewegung setzt? Das sind tausend Kleinigkeiten, über die man vielleicht lachen könnte, wenn man sie nicht täglich selbst erlebte, und zwar unter Umständen, die die Rücksichtslosigkeit gegen den Nächsten empörend machen.

Ebenso empörend sind die Verhältnisse auf den Postämtern. Wenn eine endlose Reihe sich vor dem Schalter drängt, hat der Beamte kein Recht, seine Rechnungen mit Seelenruhe nachzuprüfen. Er soll es in anderen Stunden machen. Und wie oft geschieht es, daß hinter dem offenen Schalter ein leerer Stuhl die Wartenden begrüßt, weil der Beamte irgendeine Unterredung mit seinem Kollegen pflegt. Man kann es begreifen, die Beamten sind auch Menschen, und Fragen über die Regelung des Gehaltes, über den Beamtenabbau haben für sie brennendes Interesse. Aber das muß doch mit Rücksicht auf die Allgemeinheit nicht in den Geschäftsstunden gemacht werden. Denn zuletzt ist das Publikum doch der Kunde des Staates, und der Beamte lebt davon. Der Abbau ist ja notwendig, weil der Staat nicht genügend einnimmt, so daß zuletzt die Geschäftsführung schuld ist. Ich möchte den Beamten sehen, was er sagen würde, wenn er in einen Laden geht und der Verkäufer sich gemütlich unterhält, statt ihn zu bedienen. Er wird den Laden nicht noch einmal aufsuchen oder, wenn kein anderes derartiges Geschäft am Orte ist, sich darüber beim Chef beschweren oder seinen Gefühlen sonstwie Luft machen. Dabei besteht in den beiden Fällen noch ein gewaltiger Unterschied. Während der Beamte sich die Einkäufe in der freien Zeit macht, wird die Post usw. in den Geschäftsstunden aufgesucht. Jedes Warten bedeutet Kraft- und Zeitverlust, Erschwerung des auch so kaum noch zu bewältigenden Kampfes ums Dasein.

Ebenso rücksichtslos verfahren die Behörden, wenn sie Tariferhöhungen, ohne hochwertige Briefmarken hergestellt zu haben, einführen. Wenn sie besondere Zahlungsbedingungen verlangen. Man denke nur an die Menschenmassen, die vor kurzem die Gasrechnungen zu bezahlen hatten. Man denke an die regelmäßig verspätet eintreffenden Zahlungen für Witwen und Altpensionäre, an das Warten des Bescheides für die Wohnungsuchenden, an das Herumjagen von einer Behörde zur andern bei jeder Neuanmeldung, bei jedem Steuerbescheid. Man denke an den Aerger zuerst wegen des Mangels, jetzt wegen Ueberflusses von Kleingeld. Das sind alles Rücksichtslosigkeiten, die sich kein Mensch gegen einen andern erlauben würde — wenn er mit ihm persönlich zu tun hat. Sobald der Mensch aber irgendwie amtlich oder beruflich mit dem Mitmenschen zu tun kriegt, nimmt er die Allüren des Kapitalismus in schlimmster Form an, bei denen der Mitmensch zu einer Nummer wird — und wer nimmt auf Gefühle, Nerven oder Zeit einer Nummer Rücksicht?!

Fuhrmann Henschel. Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin der VSPD. hatte in der Schaubühne des Neuen Theaters am Zoo Hauptmanns „Fuhrmann Henschel" neu einstudieren lassen. Das Werk ist jetzt gerade 25 Jahre alt, und wenn man auch bis zum Schluß gepackt und erschüttert von der aus einem Guß gestalteten Leistung Robert Müllers stand, der den Fuhrmann gab, so merkt man doch, daß diese 25 Jahre auch an dem Werk nicht spurlos vorübergegangen sind, und man fragt sich zweifelnd: hat die Psyche, die Hauptmann dem Henschel mitgab, nicht doch einen andern Knax als gerade nur seine allzu große Vertrauensseligkeit? Und kann ein Kerl, der so urehrlich treu und derb in der Welt steht, an einem Luderzeug von Weib zugrunde gehen, wenn er ihre Verderbtheit erkannt hat? Es sei denn, daß in ihm selber irgend etwas morsch ist, das ihn hindert, seinen geraden, ehrlichen Weg weiterzugehen, indem er das Weib beiseite schiebt? So aber geht er, der wertvolle Mensch, aus dem Leben, um einem minder wertvollen Platz zu machen. Hier ist die Stelle, an der wir Menschen von heute nicht mehr mitkönnen. Nur aus der mystischen Vergrübeltheit, der Sektiererei können wir die Selbstqualen dieses starken Menschen und den Entschluß zum Freitod verstehen. Robert Müllers Henschel dürfte zurzeit in Berlin kaum übertroffen werden. Alles: die sparsamen Gebärden und Bewegungen, der gut beherrschte und durchgehaltene Dialekt, und endlich eine hohe Vergeistigung schufen eine Gestalt von großer Lebensnähe, erd- und heimatgebunden und nicht zuletzt auch ein Stück vom ewigen Deutschen. Marie Borchert gab den schlesischen Weibsteufel Hanne herb, kantig, brutal und herrschsüchtig. Das Sinnliche geriet dabei etwas kurz. Aber auch so eine Leistung aus dem Vollen. Friedrich Lobe vom Volkstheater als Siebenhaar von milder, fast zu weicher Menschlichkeit, Hilde Günther wieder einmal als schmerzensreiche Mutter, Marie Neukirchen das Luderchen Franziska und Kurt Daehn der Windhund George gaben ihr Bestes. tr.

Protest der Bonner Studentenschaft. Wir erhalten folgende Zuschrift: Die „Deutsche Hochschulzeitung", das sogenannte amtliche Organ der bayerischen Studentenschaft, ein im Stil des „Völkischen Beobachters" für die vaterländischen Kampfverbände agitierendes Hetzblatt, behauptet in einer sensationell aufgemachten Notiz auf der Titelseite: Die rheinischen Einzelstudentenschaften erkennen die Verfassung an, die in Würzburg 1922 nur von dem völkischen Teil der Studentenschaft beschlossen wurde. Das würde bedeuten: Auch die rheinischen Hochschulen erkennen eine auf rein völkischem Prinzip aufgebaute Studentenschaft an, die sich zu Unrecht die Rechte einer Gesamtvertretung der deutschen Studentenschaft anmaßt.

Wie steht die Sache in Wirklichkeit aus? Die Unterschrift der Bonner Studentenschaft steht ohne deren Wissen unter dieser Erklärung. Dies hat die Bonner Studentenschaft auch sofort unter Protest den Stellen mitgeteilt, die diese Erklärung verbreiteten. Trotzdem wird weiter wahrheitswidrig behauptet, die rheinischen Studentenschaften hätten sich der völkischen Studentenschaft angeschlossen. Die Bonner Studentenschaft wird nach Semesterbeginn sofort zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Termiten, die Kohlrabi züchten. Zahlreiche Ameisen, vor allem die Blattschneider, treiben in ihren Bauten Pilzzucht, und man hat diese Pilze, die von Insekten zu Ernährungszwecken kultiviert werden, ganz allgemein „Ambrosiapilze" genannt. Wie Stark in den „Naturwissenschaften" mitteilt, hat man nun eine solche merkwürdige Art von Gemüsezucht auch bei verschiedenen Termitenarten festgestellt. Die kohlrabiartigen Wucherungen, die von den Termiten verzehrt werden, bezeichnet man als „Termiten-Kohlrabi". Eine einwandfreie systematische Zuweisung dieser Wucherungen an eine bestimmte Pilzart war bisher nicht möglich. Man vermutete aber, daß es sich ähnlich wie bei dem „Ameisen-Kohlrabi" um einen Hutpilz handeln werde. Nunmehr ist A. Naut der Nachweis gelungen, daß es sich bei dem Kohlrabi der Termiten nicht etwa um einen „Unkrautpilz" handelt, sondern daß diese Tiere einen Pilz mit Namen Collybia earhiza tatsächlich züchten. Aus Gewebefragmenten der Collybia-Frucht konnte in Reinkultur typisches Termitenkohlrabi gezogen werden. Außerdem zeigte der Gelehrte durch seine Versuche, daß die verschiedenen Termitengattungen ganz so, wie es auch bei den Ameisen geschieht, verschiedenartige Kohlrabi züchten.

Im Schauspielertheater geht in Abänderung des Spielplans Mittwoch und Donnerstag der Hauptmann-Abend (Elga Hannele) in Szene. Beide Titelrollen spielt Elisabeth Bergner. Am Freitag findet die Erstaufführung der Nestroy'schen Posse „Tritsch" und „Der Talisman" statt.

Schriftsteller beim Reichspräsidenten. Zu einer Besprechung über die Notlage der deutschen Schriftsteller hat der Reichspräsident eine Reihe von Schriftstellern empfangen, die ihm eine Denkschrift des Kartells der Verbände der deutschen Bühnenschriftsteller, Erzähler und Filmautoren überreichten. Darin werden Vorschläge zur schleunigen Neugestaltung des Urheber- und Urhebervertragsrechts gemacht. Zugleich wurden Wünsche vorgetragen wegen Hinzuziehung der bezeichneten Verbände zur sachverständigen Behandlung schriftstellerischer Steuerfragen sowie wegen besonderer Vertretung der deutschen Schriftsteller im Reichswirtschaftsrat.

Ausbreitung der Plünderungen.

Deutschvölkische Hetzer am Werk.

Die planmäßig betriebene Hetze der Deutschvölkischen beginnt, ihre Früchte zu tragen. Allem Anschein nach ist ihr Werk, was wir gestern in den Straßen Berlins, besonders in der Gegend der Grenadier-, Dragoner-, Münz- und Linienstraße, erlebt haben. Die Plünderungen von Schaufenstern und Läden, die dort vorgekommen sind, betrafen vorwiegend Geschäfte von Juden. Das könnte Zufall sein, aber die Schimpf- und Drohworte, die auf den Straßen immer wieder gegen die Juden laut wurden, lassen erkennen, daß System in dieser Plünderung lag. Manchmal kam es zu längeren Ansprachen, durch die irgendein besser Gekleideter die Hungernden gegen die Juden aufzuhetzen sich bemühte. Der Mob, der überall dabei sein muß, wo was los ist, mengte sich unter die Hungernden und „brachte Zug in die Sache". Bald ging man dazu über, auch Passanten auf offener Straße zu berauben. Einem Mann wurden Mantel, Rock und Weste mit Inhalt vom Leibe gerissen, so daß er in Hose und Hemd flüchten mußte. Ein anderer, dem man gleichfalls die Kleider vom Leibe riß, wurde dabei mit Stockhieben und Messerstichen übel zugerichtet. Auch bei diesen Ueberfällen einzelner Personen machten sich Agitatoren bemerkbar, die der Menge diesen und jenen bezeichneten und sie zum Angriff vortrieb.

Der Auftakt zu den Plünderungen.

Ueber die Vorgänge, die sich bereits in den frühen Nachmittagsstunden abspielten und die deutlich den Charakter eines von völkischen Elementen geleiteten Pogroms tragen, erfahren wir die folgenden Einzelheiten:

Bereits gegen Mittag mischten sich unter die Erwerbslosen, die um diese Zeit in größter Anzahl am Arbeitsnachweis in der Gormannstraße versammelt zu sein pflegen, um ihre Papiere abstempeln zu lassen, viele halbwüchsige Burschen, die in kleinen Trupps von verschiedenen Seiten herankamen. Ein Teil aus der Hirten-, Dragoner-, Kaiser-Wilhelm- und Grenadierstraße, ein anderer von der Alten Schönhauser Straße her, aus der Linienstraße und vom Bülowplatz herauf. Schon auf ihren Wegen zum Sammelplatz rempelten diese Burschen Juden und jüdisch aussehende Leute an, besonders auch Insassen von Kraftwagen, die sie für Juden hielten. Plötzlich fand sich dann eine Menge von etwa 10 000 Mann im Scheunenviertel zusammen, und ging zu größeren Eingriffen vor. Geschäftsleute des Viertels versuchten noch rasch zu schließen. In mehrere Läden mit Lebensmitteln, aber auch anderen Waren drangen einzelne Trupps ein und raubten sie mehr oder weniger aus. Auch einzelne Leute auf der Straße wurden überfallen, geschlagen, gestoßen und zu Boden geworfen. Manche büßten ihre Röcke ein, in dem die Menge Brieftaschen vermutete. Einem Manne wurden an der Ecke der Hirten- und Alexanderstraße die Kleider vom Leibe gerissen, so daß er mit nicht viel mehr als einem zerfetztem Hemd auf dem Körper auf der Straße stand. Auch in Wohnungen drangen die Räuber ein, um zu plündern. Auch Gasse wurden den Händlern geraubt, die im Scheunenviertel mit ihrer Ware von Haus zu Haus gehen, um zunächst untereinander Geschäfte abzuschließen. Ein Schlag ins Gesicht genügte in der Regel, den Angegriffenen kampfunfähig zu machen. Dann zog man ihm den Rock aus oder raubte ihm, was er bei sich hatte. Die Beamten der Schutzpolizei, die ständig in jener Gegend patrouillieren, waren der großen Menge gegenüber zunächst ohnmächtig. Auch die, die aus der Alexanderkaserne herangerufen wurden, genügten noch nicht, um den Ausschreitungen Einhalt zu gebieten. Von anderen Stellen her mußten mehrere Bereitschaften in der Eile herbeigerufen werden. Erst dann gelang es, die Massen zu zerstreuen und weitere Gewalttaten zu verhindern.

In der Frankfurter Allee sammelten sich etwa 200 bis 300 Mann Arbeitslose zu einem Demonstrationszug durch die Möllendorfstraße nach dem Rathaus in Lichtenberg. Der Zug wurde von der Schutzpolizei nach der Gürtelstraße abgedrängt und zerstreut. In Charlottenburg fanden anscheinend planmäßig vorbereitete Ansammlungen auf dem Markt und der Spreestraße statt. Hier wurden auf einen Pfiff Händler überfallen und ihre Stände niedergeschlagen. Auch auf Schlächter- und Bäckerläden, auch andere Läden mit Lebensmitteln hatte man es abgesehen, nachdem beim Herannahen der Schutzpolizei auf einen weiteren Pfiff die Menge blitzschnell wieder verschwand. Ferner kam es im Osten Berlins zu größeren und kleineren Ansammlungen und Plünderungen in Läden mit Backwaren, Lebensmitteln und anderen Sachen des täglichen Gebrauchs.

Anpöbelungen in der Friedrichstadt.

Die antisemitischen Anpöbelungen scheinen sich auch in anderen Stadtteilen, wenn auch in anderer Form, abgespielt zu haben. So wird uns berichtet, daß gestern in den Abendstunden in der Gegend Friedrichstraße, Ecke Unter den Linden, Trupps von Hakenkreuzlern durch die Straßen zogen. Unbelästigt von der Polizei wurde jeder Passant von diesen Rowdys — einige wann gut gekleidet — angehalten und auf seine Rassezugehörigkeit hin unter Augenschein genommen. Die Burschen hielten die Passanten, bei denen sie im Zweifel waren, ob es sich um Juden handelte, sogar fest, umringten sie und ließen sie erst wieder los, wenn das Aussehen des Betreffenden sich als „rasserein" erwies. In einem besonderen Fall wird uns geschildert, daß in der Oberwallstraße ein harmlos seines Weges gehender junger Mann von einem dieser Trupps angehalten und mißhandelt worden war. Auffällig muß es erscheinen, daß Schupo in keinem dieser Fälle in der Nähe zu sehen war.

*

Zu den bereits geschilderten Plünderungen und Unruhen erfahren wir noch folgendes: Der Geschäftsführer des Verbandes Groß-Berliner Ortsgruppen des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der sich auf die Alarmnachrichten hin an den Ort der Ausschreitungen begeben hatte, um sich dort über deren Umfang zu unterrichten, wurde in der Gegend der Kaiser-Wilhelm- und Hirtenstraße von einem gut gekleideten völkischen Agitator, der mit einem Ueberfallkommando arbeitete, unter der Beschuldigung festgehalten: „Der Jude hat mit dem Messer gestochen." Tatsache ist, daß der Beschuldigte weder ein Taschenmesser noch sonst eine Waffe bei sich trug, so daß diese Provokation als ein verabredetes Angriffszeichen erscheint. Sofort wurde der Herr von der Menge überfallen. Man schlug mit Stöcken und Fäusten auf ihn ein, während aus der Umgebung die Rufe erschollen: „Zieht ihn aus! Umlegen!" Nur dadurch entging der Ueberfallene dem Tode, daß ihn ein Schutzpolizeikommando von der Menge befreite und ihn auf einem Lastauto in Sicherheit brachte.

Verwirrung statt Taten.

Gegen reaktionäre Entstellungen!

Durch den vorzeitigen Abbau der Brotgetreidebewirtschaftung ohne anderweitige ausreichende Vorsorge zur Brotbeliefernng zu treffen, ist die Panik am Lebensmittelmarkt entstanden, die gestern die großstädtische Verbraucherschaft in schwere Bedrängnis brachte. Ein Brotpreis von 125 Milliarden ist derart untragbar für die breiten Massen, daß die Regierung sofort hätte einschreiten müssen. Es ist immerhin erfreulich, daß man sich dazu aufgerafft hat, nachträglich die Mehlbestände zu beschlagnahmen und so für eine geregelte Brotbelieferung der nächsten Zeit Sorge zu tragen. Aber die Beunruhigung hätte vermieden werden müssen, die politisch zweifelhaften Elementen gerade in dieser krisenschweren Zeit ungeheures Agitationsmaterial geliefert hat. Die Unentschlossenheit, mit der man derartig notwendige Maßnahmen behandelt, hat auf einem anderen Gebiete geradezu verheerend gewirkt. Die breiten Massen bezahlen jetzt mit den sprunghaft anziehenden Lebensmittelpreisen die gewaltigen Spekulationsgewinne, welche die Börse durch die Säumigkeit und Unfähigkeit der Reichsbankleitung an der Goldanleihe erzielt hat. Anstatt den Staatsfinanzen starke Erleichterung zu bringen und uns dazu zu verhelfen, daß die Notenpresse einmal mindestens einen halben Monat aussetzen konnte, anstatt der Goldanleihe als Zahlungsmittel Geltung zu verschaffen, hat man riesige Summen der Spekulation in den Rachen geschleudert, weil die Goldanleihestücke nicht gedruckt waren, ein Ersatzmittel durch Reichsbankquittungen aber erst gestern gefunden worden ist, und weil die Reichsbank in unverantwortlicher Weise bei Goldanleiheverkäufen den Kurs des Bestellungstages der Bezahlung zugrunde gelegt, anstatt des Kurses am Liefertage.

Angesichts dieser Praktiken und angesichts der Passivität, mit der man neuerdings wieder die Finanzfragen behandelt, ist es eine dreiste Verdrehung der Tatsachen, wenn die Rechtspresse den Genossen Hilferding für die katastrophale Entwicklung der Mark in den letzten Wochen verantwortlich macht. Die Herren von der Rechten, die jetzt für ihre Putschagitation Parolen brauchen, wissen ebenso wie wir, daß von den zehn Monaten dieses Jahres noch nicht zwei unter einem aktiven Einfluß der Sozialisten auf die Finanzpolitik des Reiches gestanden haben. Sie wissen von den deutschnationalen Ratgebern des Reichskanzlers Cuno, wo die letzten Ursachen des katastrophalen Währungsverfalls zu suchen sind, und sie wissen weiter, daß es die Sozialisten waren, die mit aller Energie den Kampf gegen den Währungsverfall durch eine Sanierung der Staatsfinanzen und durch die Schaffung wertbeständigen Geldes verfochten haben. Es heißt die Dinge einfach auf den Kopf stellen, wenn man jetzt das Verdienst für die in der letzten Zeit auf diesem Gebiete geleistete Arbeit anderen Leuten zusprechen will und für den Sturz der Mark diejenigen verantwortlich zu machen versucht, die gegen ihn vorgegangen sind.

Denn die Bürgerlichen erweisen sich sogar als unfähig, die von ihnen selbst als richtig erkannten Anregungen und Vorschläge der Sozialdemokratie durchzuführen. Erst viel zu spät ist man auf den Gedanken gekommen, die Papiermark mit dem wertbeständigen Geld in eine feste Beziehung zu setzen, wie es die Sozialdemokratie seit Monaten verlangt hat, und obwohl die Beratungen der Regierung über diesen Punkt bis zur Beschlußreife gediehen sind, lag bis zum gestrigen späten Abend eine Mitteilung darüber, wie nun das Umrechnungsverhältnis sein soll, noch nicht vor. Den Ertrag der Goldanleihe hat man geschmälert durch das technische Unvermögen, ausreichend Stücke in kurzer Zeit bereitzustellen, obwohl man den Markt mit Papiermarktrillionen noch immer füttert und zu diesem Zwecke unausgesetzt Noten druckt. Man hat für den Anfang November die Rentenmark angekündigt, um noch kurz vorher in neuen Goldschatzanweisungen eine Notgeldbasis zu schaffen, anstatt nun endlich aus diesem Provisorium heraus- und in eine geregelte Währung hineinzukommen. Und noch immer hat man nicht dem Unfug steuern können, daß noch heute der Spekulation billige Papiermarkkredite zur Verfügung stehen, während diese in wertbeständigen Objekten, Devisen, Goldanleihe und Effekten arbeitet und besonders am Effektenmarkt von einer Hausse in die andere taumelt. Wer so im Glashause sitzt und die anerkannten Mißstände nicht zu beseitigen vermag, hat kein Recht, andere für den Währungsverfall verantwortlich zu machen. Das Volk wird sich durch derartige unwahrhaftige Agitation nicht beirren lassen und rechtzeitig erkennen, wo die Saboteure der Mark zu suchen sind.

Zum Schutz der Mark.

Der Reichspräsident hat am 5. November 1923 auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurse der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnung verweigert werden, sofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

§ 2. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung.

§ 3. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt die Verbreitung durch das Wolffsche Telegraphenbureau und die Veröffentlichung in der Presse.

Der Pfälzer Separatistenputsch.

Kaiserslautern, 5. November. (WTB.) Soeben haben Separatisten das Rathaus besetzt. Ein Lastwagen mit ungefähr vierzig Mann Besetzung, sämtliche bis an die Zähne bewaffnet, fuhr vor dem Rathaus vor, das auf Anordnung der Besatzungsbehörde im Laufe des Morgen von der Polizei geräumt werden mußte. Nach einigen Minuten kamen zwei weitere Autos mit Separatisten an, die schwer bewaffnet waren. Die Tür zum Rathaus war verschlossen und wurde mit Gewehrkolben eingeschlagen. Nach der Besetzung folgte den Separatisten auf dem Fuß französische Gendarmerie, welche die Leute auf der Straße mit Gummiknüppeln auseinandertrieben. Ferner wurde im Laufe des Vormittags das Landgerichtsgebäude besetzt. Auf dem Balkon des Gebäudes erschien Dorten und hielt eine Proklamationsrede. Die Separatisten, die aus dem Fenster herausfahen, stimmten nach Schluß der Rede ein dreimaliges Hoch auf das freie Rheinland und die freie Pfalz an.

Deutsche Protestnote.

Nachdem die Reichsregierung wiederholt, sowohl bei der französischen Regierung wie bei dem hiesigen französischen Botschafter wegen der Begünstigung der separatistischen Putsche im Rheinland durch die französischen Besatzungstruppen nachdrücklich vorstellig geworden ist, ist der deutsche Geschäftsträger in Paris angewiesen worden, eine Protestnote zu überreichen, in der auf Grund authentischen Materials eine umfassende Darstellung des Zusammenwirkens zwischen den Aufrührern und den französischen Besatzungsstellen gegeben wird. Die deutsche Regierung gibt in der Note der Erwartung Ausdruck, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben wird, die rechtmäßigen und vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere den aufrührerischen Elementen die Waffen wieder abzunehmen und die deutsche Polizei künftig nicht mehr in der Ausübung ihrer rechtmäßigen Befugnisse, namentlich im Gebrauch der ihnen zustehenden Waffen zu behindern. Eine Abschrift dieser Note wird auch in London und Brüssel überreicht werden.

Der Kampf um die Konferenz.

Paris, 5. November. (WTB.) Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der französische Botschafter heute vormittag Staatssekretär Hughes die angekündigten mündlichen Mitteilungen über den Standpunkt der französischen Regierung in der Frage des Sachverständigenausschusses gemacht.

London, 5. November. Reuter berichtet aus Washington: Mitteilungen, die beim Staatsdepartement eingegangen sind, besagen, daß Großbritannien, Italien und Belgien ein Uebereinkommen zugunsten einer freien und vollen Untersuchung der Reparationsfrage durch einen Sachverständigenausschuß erzielt haben.

Konflikt bei den englischen Liberalen. Die Liberalen des Wahlkreises Glasgow-Mitte haben Churchill telegraphisch eingeladen, liberaler Kandidat zu werden, da durch den Tod Bonar Laws eine Ersatzwahl notwendig geworden ist. Dieses Vorgehen, so heißt es in der Meldung weiter, wird von dem Asquithschen Flügel übel aufgenommen und es droht eine ernste Spaltung.

Wirtschaft

Stinnes' Neuerwerbungen.

Obwohl Hugo Stinnes neuerdings sich sehr stark auf politischem Gebiete betätigt — er hat seinen Generaldirektor Minoux ganz für die Politik freigemacht —, obwohl er an den Verhandlungen mit Frankreich stark beteiligt war, hat er noch viel Zeit zur Angliederung neuer Unternehmungen gefunden. Man kann sogar sagen, daß die Tätigkeit des Stinnes-Konzerns in letzter Zeit besonders vielseitig ist.

Da ist zunächst einmal ein scharfer, systematischer Vorstoß in die Glasindustrie durch Beteiligung an großen Erzeugerwerken und die Erwerbung neuer Patente. Für ein neues Verfahren hofft er, sich in absehbarer Zeit eine bedeutende Position in der Glasindustrie zu erwerben; das ist für ihn um so wichtiger, als sich zwischen dieser neuen Industriegruppe und seinem schon bestehenden Industriebau mannigfache Berührungen ergeben.

Auf dem Gebiet des Erdöls sind innerhalb des Stinnes-Konzerns eifrige Bemühungen im Gange. Zunächst einmal ist in den letzten Tagen die Hugo Stinnes-Montan- und Oel-A.-G. erweitert worden durch Ankauf sämtlicher Kuxe der Gewerkschaft Concordia in Nachterstedt bei Magdeburg. Es soll hiermit die deutsche Produktionsbasis für Erdöl erweitert werden. Darüber hinaus kommt die Nachricht, daß auch die außerdeutschen Petroleuminteressen des Stinnes-Konzerns erweitert worden sind. „Hugo Stinnes, Palbeck u. Mining u. Oil Works", eine neugegründete Firma der amerikanischen Petroleumindustrie, soll über ein Kapital von 25 Millionen Dollar verfügen und den Erwerb von Petroleumterrains in Texas, Argentinien, Persien und im fernen Osten beabsichtigen. Man dichtet in der letzten Zeit Stinnes mancherlei an, und vielleicht übertreiben die amerikanischen und holländischen Blätter die Bedeutung dieser Gründung. Sicher aber ist, daß Stinnes den Versuch macht, im ausländischen Petroleummarkt Fuß zu fassen und weiterhin, daß er Bemühungen unternimmt, sich an irgendeine der großen Weltgesellschaften der Petroleumindustrie anzuschließen. Wenn im Zusammenhang mit dieser Neugründung hier und da behauptet wird, daß Stinnes den Kampf gegen Rockefeller und die Schell-Gruppe aufnimmt, so ist das sicher bei der überragenden Bedeutung dieser Erdöltrusts unrichtig.

Aber auch in der Aufteilung des deutschen Besitzes ist noch nicht alles getan, und die Version, daß Stinnes die Becker-Gruppe in sich aufnehmen wolle, ist ein bedeutendes Symptom. Vorläufig scheint Stinnes zwar die Becker-Gruppe (Becker-Kohlen und Becker-Stahl) noch nicht seinem Konzern einverleibt zu haben, es spricht aber manches für die kommende Verbindung zwischen Becker und Stinnes. Die Hochofenanlagen der zum Becker-Konzern gehörigen Zeche Präsident liegen neben dem Stinnesschen Bochumer Verein. Die Zeche baut eine neue Kokerei, und es steht auch nach dem Beckerschen Dementi jetzt fest, daß mit Stinnes über ein gemeinsames Interesse gesprochen wurde. Weiter interessiert Stinnes natürlich der bekannte Schweizer Kohlenvertrag von Becker, und nach dem Dementi Beckers „bestehen die gemeinsamen Interessen fort und werden möglicherweise zu einer Verständigung führen". Diese Verbindung hätte eine große Bedeutung für den Stinnes-Konzern durch die Erweiterung der Kohlenunterlagen und durch die Angliederung eines bedeutenden Edelstahlwerks. Außerdem wird das Stinnessche Interesse an Becker geweckt durch die Schweizerische Kohlenhandelsgesellschaft der Becker-Gruppe. Devisenverdienst hat Stinnes in der letzten Zeit immer gelockt. Die Zunahme der vertikalen Konzentration und der industriellen Konzentration überhaupt dürfte in absehbarer Zeit auch das Becker-Problem lösen.

Von der Frankfurter Gasgesellschaft hat Stinnes in der letzten Zeit große Aktienposten erworben. Das hängt zusammen mit dem gesamten Interesse des Stinnes-Konzerns an den deutschen Gaswerken, mit denen er ja schon durch seine Anteilnahme an der Industrie- und Handelsvereinigung deutscher Gaswerke A.-G. eng verbunden ist.

Ein Problem, das schon seit Monaten die Oeffentlichkeit beschäftigt, scheint nunmehr aufgeklärt zu sein. Stinnes besitzt die Aktienmajorität von Lahmeyer. Die Lahmeyer-Gruppe, die ursprünglich der AEG. nahestand, ist von dieser losgelöst worden und auf dem Umweg über den Erwerb von Aktien der Mainkraftwerke (die zu Lahmeyer gehören) ist nunmehr der Einfluß von Stinnes auf die Lahmeyerwerke gesichert.

Die vielen einzelnen Gründungen des Konzerns können gar nicht mehr registriert werden. Dagegen wird künftighin von besonderer Bedeutung sein die Beziehung, die sich zwischen der Otto-Wolff-Gruppe und Stinnes herausentwickelt. Hier scheint sich eine neue Situation herauszubilden.

Stinnes, der Politiker und Stinnes der Wirtschaftsführer erfreut sich einer regen Tätigkeit. Dr. Norbert Einstein.

Reichsbank. Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Oktober hat sich der Banknotenumlauf um 401 000 Billionen gesteigert. Er beträgt 524 333 Billionen Mark gegen 123 340 Billionen am 15. Oktober. Die Kapitalsanlage stieg von 203 763 Billionen auf 836 692 Billionen Mark. Die Schatzanweisungen des Reiches erhöhten sich allein um 510 400 auf 678 180 Billionen, und die Wechselbestände um 123 284 auf 152 896 Billionen Mark. Der Goldbestand hat zugenommen und beträgt 476 026 000 gegen 444 000 000 M. in der Vorwoche.

Sowjetrußlands Lebensmittelausfuhr. Die Aktiengesellschaft „Exportchleb" führte bis zum 25. Oktober aus: nach Deutschland 159 100 Tonnen Getreideprodukte, nach Frankreich 120 416 Tonnen, nach Norwegen 51 683 Tonnen, nach Italien 47 183 Tonnen, nach der Türkei 46 750 Tonnen, nach Dänemark 38 100 Tonnen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 11 372 Millionen Geld, 11 428 Millionen Brief; 1 österreichische Krone 5,985 Millionen Geld, 6,010 Millionen Brief; 1 tschechische Krone 12 469 Millionen Geld, 12 531 Millionen Brief; 1 ungarische Krone 22,942 Millionen Geld, 23,058 Millionen Brief; 1 bulgarische Lewa 3990 Millionen Geld, 4010 Millionen Brief; 1 jugoslawischer Dinar 4938 Millionen Geld, 4962 Millionen Brief.

Gewerkschaftsbewegung

Endlich wertbeständige Löhne!

Nachdem unsere Papiermark unter den Schlägen der Spekulation, der Steuerdrückebergerei der Besitzenden und der Hilf- und Tatenlosigkeit der hohen Bureaukratie des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank verendet ist, werden endlich wertbeständige Löhne abgeschlossen! Wir weisen auf die Lohnabkommen in der Karosseriebranche, der verschiedenen Abkommen in der Metallindustrie (Brotgeld) und schließlich auf die jüngsten Schiedssprüche im Bergbau und der Kaliindustrie hin. Der Schiedsspruch für den Bergbau lautet:

1. Für die Lohnwoche vom 29. Oktober bis 5. November, vormittags 6 Uhr, werden die Durchschnittslöhne einschließlich der sozialen Zulagen, wie folgt festgesetzt: Ruhrbezirk 147 646 845 000 M., Rheinische Braunkohle 147 646 845 000 M., Aachen, Steinkohle 131 258 005 200 M., Düren, Braunkohle 131 258 005 200 M., Oberschlesien, Steinkohle 102 000 000 000 M., Niederschlesien, Steinkohle 90 000 000 000 M., Sachsen, Steinkohle 93 000 000 000 M., Niedersachsen, Steinkohle 87 000 000 000 M., Ibbenbüren, Steinkohle 93 000 000 000 M. Diese Durchschnittstariflöhne werden in dem gleichen Maße aufgebessert, in dem der Markkurs an der Berliner Börse am 2. November 1923 gegenüber dem 1. November 1923 sich verschlechtern sollte. Die prozentuale Verschlechterung ist unter Aufrundung der ersten Dezimalstelle auf volle Prozente derart auszugleichen, daß alle Beträge von 5 aufwärts nach oben, unter 5 nach unten abzurunden sind. Dieser Ausgleich ist bei der ersten Lohnzahlung der nächsten Woche zur Auszahlung zu bringen.

Sollte durch eine Verschlechterung des Markkurses am 6. November 1923 gegenüber dem 2. November 1923 der Durchschnittslohn je Schicht um mehr als 15 Proz. sinken, so wird der bei der ersten Lohnzahlung der nächsten Woche verbliebene Restbetrag in dem Ausmaße erhöht, daß der Durchschnittstariflohn, gemessen am Dollarkurs, nicht mehr als 15 Proz. seines Wertes vom 1. November sinken darf.

Dieser Ausgleich ist bei der zweiten Lohnzahlung der Woche vom 5. bis 12. November 1923 auszuzahlen. Soweit die Auszahlung der Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln erfolgt, unterbleibt die Aufwertung.

2. Die Erhöhung der Sozialöhne erfolgt im bisherigen üblichen Verhältnis.

3. Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhungen auf die einzelnen Klassen der Lohntafel bleibt den Verhandlungen unter den Tarifparteien vorbehalten.

Der Schiedsspruch für die Kaliindustrie ist erheblich besser. Er hat folgenden Wortlaut:

Für die Lohnwoche vom 29. Oktober bis 5. November 1923, vormittags 6 Uhr, wird der Durchschnittstariflohn auf 87 Milliarden Mark je Schicht festgesetzt. Hierin ist eine entsprechende Erhöhung der sozialen Zulagen einbegriffen. Bei der ersten Wochenzahlung am Mittwoch, den 7. November, wird der eben genannte Durchschnittslohn aufgewertet, um die etwaige prozentuale Verschlechterung des durchschnittlichen Markkurses an der Berliner Börse vom 2. bis einschließlich 5. November 1923 gegenüber dem Stande des Markkurses vom 1. November 1923. Bei der zweiten Wochenzahlung am Sonnabend, den 10. November 1923, soll entsprechend der etwaigen Markverschlechterung vom 6. bis einschließlich 8. November 1923 gegenüber dem Stande der Mark vom 1. November 1923 aufgewertet werden. Vor der Aufwertung der beiden Abschlagszahlungen sind bereits geleistete Beträge abzuziehen. Soweit die Lohnzahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln erfolgt, unterbleibt eine Aufwertung.

Diese beiden Abkommen haben den Grundfehler, daß die Lohnbasis viel zu niedrig bemessen wurde. Am 1. November stand der Dollar auf 130 Milliarden. Ein Lohn von 87 Milliarden kam also einem Lohn von Mark 2,90 Gold pro Tag gleich. Wenn man annimmt, daß die Preise gegenüber den Preisen von 1914 um 60 Proz. gestiegen sind, so kommt das einem Friedenslohn von 1,80 M. pro Tag oder 10,80 M. pro Woche gleich. Das ist ein Hungerlohn, der 1914 auch von den schlechtestbezahlten Arbeitern weit überschritten wurde. Solche Hungerlöhne sind ganz unhaltbar. Der himmelschreiende Skandal besteht aber in der Tatsache, daß diese unmöglichen Hungerlöhne noch ein Fortschritt sind gegenüber den mörderischen Papiermarklöhnen.

Neuregelung des Schlichtungswesens.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat durch eine Verordnung vom 30. Oktober 1923 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes das Schlichtungswesen vorläufig neu geregelt, vorbehaltlich der endgültigen gesetzlichen Ordnung. Zweck ist die Vereinfachung und Verbilligung unter Verwertung der bisherigen praktischen Erfahrungen.

Die Schlichtungsbehörden sollen in Zukunft von allen Einzelstreitigkeiten, insbesondere von den Entlassungsstreitigkeiten auf Grund des Betriebsrätegesetzes, entlastet werden. Solange noch keine allgemeinen Arbeitsgerichte bestehen, sollen diese Streitigkeiten in Bezirken, in denen Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte bestehen, auf diese übergehen, in den übrigen Bezirken von Kammern der Schlichtungsausschüsse erledigt werden. Dadurch werden die Schlichtungsausschüsse für ihre eigentliche Tätigkeit, die Hilfe zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen, frei. Die Besetzung der Schlichtungsausschußkammern wird verringert; sie werden in Zukunft, außer dem unparteiischen Vorsitzenden, bei Einzelstreitigkeiten nur mit je einem, bei Gesamtstreitigkeiten mit je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern — statt, wie bisher in allen Fällen, mit je drei — besetzt werden.

Die Entlastung der Schlichtungsausschüsse von den Einzelstreitigkeiten ermöglicht eine erhebliche Verringerung ihrer Zahl. Bei dieser Gelegenheit sollen auch ihre Bezirke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten neu abgegrenzt werden. Für Fälle von besonderer Bedeutung, wie sie bisher vom Reichsarbeitsministerium geschlichtet wurden, bestellt künftig der Reichsarbeitsminister Schlichter, und zwar entweder ständige für größere Wirtschaftsbezirke oder solche für den Einzelfall. Diese versuchen, zunächst allein zu schlichten; wenn das nicht gelingt, bilden sie aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl eine Schlichtungskammer, in der sie den Vorsitz führen. Außerdem wird ihnen die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse übertragen. Die Voraussetzungen für die Verbindlichkeitserklärung sind in der Verordnung selbst festgelegt.

Oeffentliche Versammlungen

heute, Dienstag, den 6. November, abends 7 Uhr

in folgenden Lokalen:

Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.
Arminiushallen, Bremer Straße 72.
Artushof, Perleberger Straße 29.
Pharussäle, Müllerstr. 142.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain (Saalbau).
Schultheiß-Ausschank, Hasenheide 22/31 (Wintergarten).
Wilmersdorf: Viktoria-Garten, Wilhelmsaue.
Schöneberg: Uhland-Schule, Kolonnenstr. 22/23.
Steglitz-Lichterfelde: Oberrealschule, Steglitz, Elisenstr. 4.
Tempelhof-Mariendorf: Schulaula, Mariendorf, Kurfürstenstraße.
Neukölln: Schultheiß-Ausschank, Hasenheide (Wintergarten).
Treptow-Baumschulenweg: Kinosaal, Baumschulenweg, Baumschulenstraße.
Lichtenberg: Cäzilien-Lyzeum, Rathausstraße.

Tagesordnung:

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung – die bayerische Gefahr!

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten: **Aufhäuser, Bohm-Schuch, Braß, Dr. Breitscheid, Crispien, Dr. Hertz, Künstler, Dr. Löwenstein, Nemitz, Dr. Kurt Rosenfeld, Robert Schmidt, Wurm.**

Genossen! Sorgt angesichts der drohenden Gefahren für Massenbesuch!

Zur Deckung der Unkosten 1 Milliarde Eintritt.

Der Bezirksvorstand der VSPD. Berlin.

*

Wir bitten die Versammlungsleiter, uns über den Verlauf der Versammlung noch abends einen kurzen Bericht auf schnellstem Wege (möglichst telephonisch, Dönhoff 292—295) übermitteln zu wollen.

Redaktion des „Vorwärts".

Militarisierte Büreaukratie.

Man schreibt uns: Den Versorgungsanwärtern stehen nach den gesetzlichen Bestimmungen mindestens 50 Proz. der mittleren Beamtenstellen und von den Kanzleibeamtenstellen 75 Proz. zu. Anspruch auf einen Versorgungsschein haben die Angehörigen der Reichswehr nach 12jähriger Dienstzeit, sowie die Angehörigen der Schutzpolizei nach derselben Dienstzeit. In dem Augenblick, in dem man in den Behörden an den Personalabbau herantritt, müßte man auch daran gehen, den Zustrom dieser Versorgungsanwärter zu den Beamtenstellen einzuschränken. Den Versorgungsanwärtern wäre für ihre erworbenen Rechte eine Entschädigung zu gewähren. Dies war in dem ersten Entwurf des Beamtenabbaugesetzes vorgesehen. In der Personalabbauverordnung ist dies nicht mehr berücksichtigt. In Zukunft werden die Versorgungs-(Militär)-Anwärter weiterhin den Behörden zuströmen. Daß bedeutet, das die alljährlich zur Entlassung kommenden Reichswehrangehörigen (mindestens 8000 Personen) und außerdem die Angehörigen der Schutzpolizei den Anspruch auf Beamtenstellen erhalten. Es werden in Zukunft in der Hauptsache nur solche Beamtenanwärter vorhanden sein, die vorher in der Reichswehr oder in der Schutzpolizei Dienst getan haben. Daß das, ohne gegen die Versorgungsberechtigung dieser Gruppen etwas sagen zu wollen, kein erwünschter Zustand ist, wird ohne weiteres einleuchten.

Für die kaufmännischen Angestellten. Im Zeitungsgewerbe sind für die Zeit vom 1. Oktober bis 4. November 525 Septembergehälter zu zahlen. Als Gehalt für Oktober gelten 350 Septembergehälter. Am Montag, den 5. November, ist der Rest von den 525 Septembergehältern, die noch nicht bezahlt sind, und ein Oktobergehalt als a-conto-Zahlung für die Woche vom 4. bis 10. November 1923 zu zahlen. Am Dienstag, den 6. November, treten die Parteien zur Verhandlung über die endgültige Zahlung für die Woche vom 4. bis 10. November 1923 zusammen. — Der Schutzverband Berliner Kartonfabrikanten hat angewiesen, daß am 7. d. M. 1¼ Oktobergehälter zur Auszahlung gelangen. — Auf Anweisung der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin sind am Dienstag, den 6. November, im Laufe des Vormittags an die kaufmännischen Angestellten als Vorabbezahlung nochmals diejenigen Gehälter, die für die Zeit vom 29. Oktober bis 2. November einseitig von der Einzelhandelsgemeinschaft festgelegt wurden, beginnend im ersten Lehrjahr mit 40 Milliarden, endend in der Gruppe IV mit 825 Milliarden, zu zahlen. Die Verhandlungen über die Oktober-Regelung und Gehaltszahlungen für den Monat November werden am Dienstag vormittag fortgesetzt. — Die Schlüsselzahl in der Margarineindustrie ist am 5. November auf 50 Milliarden festgesetzt worden.

Lohnvereinbarung für die Karosseriebranche. In der Zeit vom 1. bis einschließlich 3. November betragen die Löhne (Facharbeiter Gruppe I = 38 Pf.) entsprechend dem Mittel im Dollarkurs vom 1. bis 3. November (Briefnotierung für 1 Goldmark = 69 220 250 Tausend Mark) in Millionen Mark: Facharbeiter, Gruppe I: Grundlohn 22 020, Teuerungszulage 4290, Gesamtlohn 26 310; Gruppe II: 21 140 und 4120, zusammen 25 260. Hilfsarbeiter, Gruppe III, im Alter von 18—20 Jahren 16 500 und 3870, zusammen 20 370; 20—22 Jahren 18 160 und 3870, zusammen 22 030; über 22 Jahren 19 810 und 3870, zusammen 23 680. Hilfsarbeiterinnen (Facharbeiterinnen erhalten 75 Proz. des Lohnes der Gruppe II) im Alter von 18 bis 20 Jahren 12 370 und 2910, zusammen 15 280; 20 bis 22 Jahren 13 620 und 2910, zusammen 16 530; über 22 Jahren 14 850 und 2910, zusammen 17 760. Jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 15 Jahren 4920 und 1110, zusammen 6030; 15 bis 16 Jahren 5260 und 1110, zusammen 6370; 16 bis 17 Jahren 5820 und 1110, zusammen 6930; 17 bis 18 Jahren 6790 und 1110, zusammen 7900. Die Akkordpreise erhöhen sich für die Zeit vom 1. bis 3. November um 320 Proz.

Achtung! Bau-, Geldschrank-, Möbelschlosser und Bauanschläger! Am gestrigen Tage haben mit dem Schutzverband Berliner Schlossereien Verhandlungen betreffs Aenderung der Lohnzahlungen stattgefunden. Darauf soll der für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November vereinbarte Stundenlohn möglichst am Montag, den 5. November, restlos zur Auszahlung gelangen. Weiter wurde vereinbart, daß ab Dienstag, den 6. November, pro Tag den Arbeitern über 21 Jahre der Preis für 3 Brote, den Arbeitern von 19 bis 21 Jahren 2 Brote, den Arbeitern von 17 bis 19 Jahren 1½ Brote, den Arbeitern von 16 bis 17 Jahren 1 Brot, den Arbeitern von 14 bis 16 Jahren ½ Brot als Abschlag zu zahlen ist.

Löhne in den Metallgießereien. Für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November betragen die Löhne in Klasse I 16,9, II 16,3, III 15,4 Milliarden Mark. Die Akkordpreise werden um 170 Proz. erhöht. Als Vorschüsse werden alle zwei Tage gezahlt: Für Vollarbeiter der Preis für 1 Brot, für Jugendliche und Lehrlinge ½ Brot pro Tag.

Die Grundlöhne der Feilenarbeiter werden in der Woche vom 29. Oktober bis 3. November von 2 772 000 000 Proz. auf 7 570 000 000 Proz. erhöht.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Vertrauensmännerversammlungen der Branchen und Bezirke am Mittwoch, den 7. November, zur üblichen Zeit in den bekannten Lokalen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 6. November, abends 7½ Uhr:

Achtung, Jugendgenossen und -genossinnen! Gemeinsame Mitgliederversammlung mit den Jungsozialisten in der Schulaula Gipsstraße 3a. Thema: „Der Kampf um die Republik." Ref.: Gen. Ernst Heilmann, M. d. L. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Die Veranstaltungen aller Abteilungen fallen aus!

Tempelhof. Der Parteikursus fällt wegen der öffentlichen Parteiversammlungen aus. — **Wedding.** Beteiligung an der Gesamtveranstaltung. — **Werbebezirk Neukölln.** Die Mitglieder beteiligen sich geschlossen an der Mitgliederversammlung Groß-Berlin. Treffpunkt 6½ Uhr Bahnhof Neukölln. Für Arbeitslose 6 Uhr Hermannsplatz. Die Heime bleiben geschlossen.

Sozialistische Arbeiterjugend Osten, Freie Gewerkschaftsjugend Osten, Freie Angestelltenjugend Osten! Mittwoch, den 7. November, abends 7½ Uhr in der Schulaula Boppe Str. 31, **Revolutions-Gedenkfeier** der sozialistischen Jugend. Ansprache, Chor, Musik, Rezitation. Eintritt 200 Millionen Mark.

Abteilung Südost K.-V. u. R.-V. Mittwoch, den 7. November, 7½ Uhr in der Schulaula Glogauer Str. 15, **Revolutionsfeier.** Ansprache, Chorgesang, Rezitation, Musik.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Ges. für republ.-dem. Politik. Oeffentliche Versammlung am Mittwoch, den 7. November, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24. Thema: „Die Politik des Reiches und das Erstarken der Reaktion." Redner: Dr. Kaweran und Pastor Hans Francke. Diskussion.

Deutsche Notgemeinschaft. Mittwoch, den 7. November, abends 8 Uhr im Berliner Konzerthaus, Mauerstr. 32, Vortrag des Hauptmanns v. Beerfelde und des Reichstagsabgeordneten Genossen Hoffmann-Schmargendorf.

Arbeiter-Abstinentenbund. Gruppe Neukölln. Am 7. November, im Heim Schierkestr. 44 (Kinderhort), 7½ Uhr, Referat des Gen. Bruder über „Die Wunderwelt des Mikroskops". — **Gruppe Norden.** Donnerstag, den 8. November, 7½ Uhr im Heim Gerichtstr. 67 (Volksbad), Referat: „Unser Jugendwerk."

Männerchor „Friedrichshain". Die Sangesbrüder treffen sich am Freitag, den 9. November, abends 7 Uhr, zur Teilnahme an der Revolutionsfeier im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11/12. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Für Papiermark nach Amerika. Die interessante Filmreise von Berlin über Bremen nach New York wird am 13. und 14. November in der „Urania", Taubenstr. 48, unter Führung von Obering. Dreyer wieder einmal gemacht. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Filmvortrag wie alle früheren einen sehr starken Zuspruch erfährt und es ist daher ratsam, die Karten im Vorverkauf an der Uraniakasse zu erstehen.

Verantwortlich für Politik: **Ernst Reuter**; Wirtschaft: **Artur Saternus**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Brotpreis auf 80 Milliarden herabgesetzt.

Strenge Durchführung der Rationierung.

Im Verlauf der Verhandlungen am gestrigen Montag ist mit Wirkung von heute ab der Brotpreis für Groß-Berlin auf 80 Milliarden, der Preis für die Schrippe auf 3 Milliarden Mark festgesetzt worden.

Zu der Preisfestsetzung, die am Sonntag zwischen den maßgebenden behördlichen Stellen und den Organisationen der Bäckermeister getroffen worden ist, wird vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins folgendes mitgeteilt: „Der am Montag, den 5. November, veröffentlichte Brotpreis von 140 Milliarden Mark beruhte auf Grundlagen, die den Preisprüfungsbehörden vorgelegen haben und von diesen auch als berechtigt anerkannt worden sind. Die voreilige Information der Oeffentlichkeit durch das Ernährungsministerium am Sonntag abend ist ohne Anhörung der Preisprüfungsbehörden und des Gewerbes erfolgt. Sie hat somit eine ungeheure berechtigte Erregung der Bevölkerung hervorgerufen und bedauerlicherweise zu schweren Ausschreitungen gegen die Bäckereien geführt. Wir stellen weiter fest, daß Mehl gegen Papiermark nur zu bedeutend höherem als dem amtlichen Goldanleihekurs gekauft werden konnte und daß wir Belege für diese Preisforderungen den Behörden übergeben haben. Bei der gestrigen Besprechung im Ernährungsministerium wurde dieser Standpunkt vom Bäckergewerbe vertreten und diese Angaben konnten nicht widerlegt werden. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist, daß den Bäckern, die keine wertbeständigen Zahlungsmittel einnehmen, und somit auch das benötigte Mehl nicht in Goldanleihe zu bezahlen in der Lage sind, nunmehr für diese Woche Mehl zu erheblich niedrigerem Preise als dem Mehlpreis, der dem Brotpreis von 140 Milliarden zugrunde gelegen hat, zur Verfügung gestellt werden soll. Die grundlegende Bedingung dabei ist, daß die Berliner Mühlen und Händler verpflichtet worden sind, dieses Mehl in Goldmark im Preise festzustellen, daß sie aber die Verpflichtung haben, bei Bezahlung dieses Mehles den Umrechnungskurs in Papiermark vom Bäcker anzunehmen. Dieses Mehl wird 80 Prcz. ausgemahlen sein und ein dunkles, dem Markenbrot ähnliches Brot von vier Pfund Teigeinlage ergeben."

*

In einer Verordnung vom gestrigen Tage bestimmt der Magistrat, daß in der laufenden Woche das Großbrot aus Roggenmehl oder aus einem Gemisch von Roggen- und anderen Mehlen nur gegen Abtrennung des Abschnittes C der 41. Brotkarte abgegeben und entnommen werden darf; vorübergehend anwesende Binnenschiffer erhalten Brot gegen Abgabe der vom Wasserbauamt mit Dienststempel versehenen Schifferbrotkarte. Die Verordnung, deren Uebertretung nach der Reichsverordnung über Notstandsversorgung vom 13. Juli 1923 mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft wird, gilt nicht für die Abgabe von Brot an Händler, Bäcker, Speisebetriebe usw. zur gewerblichen Weiterveräußerung. Sie richtet sich gegen die fortdauernde Brotaufspeicherung, die stellenweise geradezu groteske Formen angenommen hat. (So erschien an einer Stelle jüngst eine Frau und verlangte den Umtausch von 28 gehamsterten und inzwischen altbacken gewordenen Broten.) Der Magistrat kontrolliert dauernd, ob die Rationierung wieder entbehrlich wird. Die bisher nicht kartenbezugsberechtigt gewesenen Personen (Bemittelte) erhalten die 41. Brotkarte in der Ausgabestelle des zuständigen Bezirksamts. Die Ausgabestellen in den Bezirksämtern 1 bis 6 befinden sich: Bezirksamt Mitte Alexanderplatz 4, Bezirksamt Tiergarten a) Derfflingerstraße 18a, b) Turmstraße 76, Bezirksamt Wedding Badstraße 36, Bezirksamt Prenzlauer Berg Danziger Straße 64, Bezirksamt Friedrichshain Koppenstraße 72, Bezirksamt Kreuzberg Tempelhofer Ufer 1a. Die Ausgabestellen der Bezirksämter 7 bis 20 sind bekannt.

Bitte, nur noch Milliardenscheine!

Von der Direktion der Hochbahngesellschaft geht uns zum Schalterandrang bei der Hoch- und Untergrundbahn folgende Mitteilung zu: Durch Anschlag an den Fahrkartenschaltern haben wir an die Fahrgäste die Bitte gerichtet, jetzt, wo bei den Fahrpreisen nur noch runde Milliarden in Betracht kommen, Geldscheine unter einer halben Milliarde beim Lösen der Fahrkarten möglichst nicht mehr zu verwenden. Der Grund des langen Wartenmüssens liegt lediglich darin, daß eine große Anzahl Fahrgäste kleinere und verschiedenartige Scheine zum Zahlen verwenden, deren Durchzählung so viel Zeit erfordert, daß die Abfertigung sehr empfindlich darunter leidet. Wir hoffen, daß die Fahrgäste unserer Bitte Rechnung tragen werden; jedenfalls sind die Fahrkartenausgeberinnen angewiesen worden, an Fahrgäste, die mit kleineren Scheinen zahlen wollen, die Bitte zu richten, so lange zurückzutreten, bis die Reihe der hinter ihnen Wartenden abgefertigt ist. — Da die kleineren Scheine immer mehr zurückgewiesen werden, so sollte sich das Publikum seinerseits gleichfalls durch strikte Ablehnung aller kleineren Scheine beim Herausgeben zu schützen suchen.

Die Verzweiflungstat einer Mieterin.

Der Hauswirt als vermeintlicher „Lebensretter".

Die im „Vorwärts" mehrfach besprochene Affaire des Berliner Lyzeallehrers Falk, in dessen Landhaus zu Eichwalde seine Mieterin, Witwe Werner, im September v. J. durch Gasvergiftung ihrem Leben ein Ende machte, wurde gestern vor dem Landgericht II Berlin erörtert. Das Schöffengericht Königswusterhausen hatte Falk, weil er dem seine leblose Mutter aus der Wohnung hinaustragenden Sohn mit dem Revolver entgegengetreten war, der Bedrohung mit Totschlag schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 10 Millionen Mark verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein.

Vor der Strafkammer des Landgerichts I wiederholte der Angeklagte seine Behauptung, aus dem Krachen bei der Zertrümmerung der Wohnungstür und dem sich erhebenden Geschrei habe er geschlossen, daß da oben ein Mitmensch in Lebensgefahr sei und er ihm zu Hilfe kommen müsse. Er gab zu, daß es zwischen ihm und seiner Mieterin andauernd Reibereien gegeben hatte, aber die Schuld schob er auf Frau Werner. Bei dem letzten Streit nahm er ihr eigenhändig die Wohnungsschlüssel weg, und noch an dem Abend, an dem sie verzweifelt ihrem Leben ein Ende machte, bedrohte ein von Herrn Falk an ihre Wohnungstür gehefteter Zettel sie mit gerichtlichem Einschreiten. In seiner im Erdgeschoß gelegenen Wohnung wartete und horchte Falk (wie er selber vor Gericht schilderte), welche Wirkung dieser Zettel auf den die Mutter besuchenden Sohn ausüben würde. Er habe, sagte er, auf einen Wutausbruch des Sohnes gerechnet, und als er dann von oben Krachen und Geschrei hörte, sei er mit dem Revolver hinaufgeeilt und habe gerufen: „Hände hoch — oder ich schieße!" Daß der Sohn durch die zertrümmerte Tür die Mutter hinaustrug, habe er nicht bemerkt. Er habe geglaubt, daß eine in Begleitung des Sohnes befindliche Frau — es war die der Verstorbenen befreundete Frau Stinner — von ihm bedroht werde. Demgegenüber bekundeten der Sohn der Verstorbenen und Frau Stinner, daß Falk nicht darüber im unklaren gewesen sein könne, was sich da vor seinen Augen abspielte. Die Behauptung des Angeklagten, daß er angenommen habe, Frau Stinner werde von dem jungen Werner bedroht, sei sinnlos. Er habe sehen müssen, wie der Sohn die Mutter aus der Wohnung hinausschleppte. Trotzdem habe er gedroht, zu schießen, so daß Herr Werner erschreckt die anscheinend noch nicht Tote fallen ließ. Des Angeklagten Versuch, zu beweisen, daß Differenzen zwischen Werner und seiner Mutter bestanden hätten, wurde durch Bekundungen anderer Zeugen zurückgewiesen. Zur Sprache kam, daß auch ein Ehepaar, daß nach Frau Werners Tod in die freigewordene Wohnung eingezogen war, schon böse Auftritte mit dem Hauswirt Falk erlebt hat.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Walter Bahn, beantragte die Freisprechung, weil Falk angenommen habe, in Notwehr für einen vermeintlich gefährdeten Mitmenschen zu sein. Er verlas eine Erklärung vom Lehrerkollegium des Berliner Luisen-Lyzeums, an dem Falk amtiert. Darin wird ihm bescheinigt, daß „seine Art liebenswürdig und freundlich, seine Persönlichkeit gewinnend und gefällig, seine Formen gebildet" seien. Justizrat Roßbach, der Rechtsbeistand des als Nebenkläger zugelassenen Herrn Werner, berief sich auf das Zeugnis der jetzigen Mieterin des Herrn Falk, zu der er im Streit gesagt habe: „Sie dummes Luder, ich schmeiße Ihnen gleich die Mistgabel an den Kopf." Der Vorsitzende war der Zeugin bei dieser Aussage ins Wort gefallen, so daß er sie ihr zum Teil abschnitt.

Nach langer Beratung kam das Gericht zu einer Freisprechung, weil es für möglich hielt, daß Falk in Notwehr zum Revolver greifen zu müssen geglaubt habe. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, der Angeklagte sei nicht überführt worden, aber auch seine Unschuld sei nicht nachgewiesen. Das Gericht habe freisprechen müssen nach dem Grundsatz, daß im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten zu entscheiden ist.

Meldepflicht für Wohnungen und möblierte Zimmer. Das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen weist erneut darauf hin, daß nach wie vor jeder Abschluß eines neuen Mietvertrages über Mieträume — und zwar auch über möblierte Zimmer und Wohnungen — vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages dem zuständigen Wohnungsamt unter Vorlegung des Originalvertrages anzuzeigen ist.

Neue Wege proletarischer Kunst.

In einer sehr gut besuchten Konferenz der Groß-Berliner Bildungsausschüsse der VSPD. sprach am Sonnabend, den 3. November, Genosse Dr. Kestenberg auf Veranlassung des Bezirks-Bildungsausschusses über obiges Thema. Eine kurze Studie über die Probleme Masse und Führer, sowie über die Ersetzung des rein gefühlsmäßigen Sozialismus durch den wissenschaftlich begründeten leitete über zu dem Gedanken, wie die bisher zu sehr an die bürgerliche Kunst sich anlehnende proletarische Bildungsbewegung sich nach Ansicht des Vortragenden entwickeln müßte. Kestenberg will aus der Arbeiterbewegung eine ihren Bedürfnissen angepaßte, aus ihrem Wollen und Werden erwachsene Kunst sich entwickeln sehen. Ueberall sichtbare Keime und verheißungsvolle Ansätze gilt es zu unterstützen. Dabei gilt es, einer etwa in roher, aufdringlicher Form entstehenden Tendenzkunst entgegenzutreten. Nur sollen die Ausdrucksformen ursprünglich und original sein. Es darf nicht nach fertigen Schablonen gearbeitet werden, so daß wir bei unseren Bestrebungen den Eindruck erwecken, daß wir eigentlich nur das Erbe bürgerlicher Kunst antreten. Kunst ist nach Kestenberg Schöpferwille, Weckung der Lust zur Produktivität. Deshalb ergeben sich für ihn Beziehungen zwischen Kunst und Arbeit, hervorquellend aus dem Rhythmus, die ihm zu begeisternden Ausführungen über den Tanz als Mittler revolutionärer Ausdruckskunst Veranlassung gaben. Auch des Sprechchors ward in diesem Zusammenhang gedacht. Wichtig ist dabei, daß alle diese Aeußerungen aus innerer Notwendigkeit heraus entstehen, daß sie auf ein gleichgestimmtes, williges, aufnahmefreudiges Publikum wirken. Zuschauer und Zuhörer dürfen sich nicht rein passiv verhalten; eine innige Wechselwirkung muß zwischen ihnen als ein gegenseitiges Geben und Nehmen sich herausbilden. Die ureigenste Aufgabe eines Kunstwerks muß sein, Menschen seelisch zu bereichern und zu vertiefen. Derartige Werke hervorzurufen, unsere Mai- und Novemberfeiern etwa in diesem Sinn mit eigener Note zu erfüllen, bedeutet schon etwas auf diesem Wege zu erreichen. Da noch alles im Werden, können Rezepte in Form fertiger Programme noch nicht vorliegen. Die zahlreich vorhandenen Keime, die namentlich in der Jugendbewegung vorhandenen Bestrebungen, zu verinnerlichten Formen zu kommen, müssen nachdrücklichst gepflegt werden.

Eine sehr ausgedehnte und doch eng an das Thema und den Vortrag sich haltende Aussprache führte zu dem mit großem Beifall angenommenen Antrag, eine gleiche Konferenz noch einmal abzuhalten. Da dem Referenten der Vorwurf gemacht wurde, er sei im Psychologischen stecken geblieben, so soll in der im Dezember stattfindenden Konferenz dem Kritiker das Referat übergeben werden. Mit einem Dankeswort an alle, die zur Bereicherung der Diskussion beigetragen, schloß Genosse Weimann um 10 Uhr die Konferenz.

Spekulation mit Goldanleihe aus Steuereingängen.

Ein eklatanter Fall aus Beamtenkreisen gibt Veranlassung, im öffentlichen und steuerlichen Interesse bekanntgegeben und von den betroffenen Stellen gebührend beachtet zu werden: Bei dem Zentralfinanzamt in der Jüdenstraße in Berlin haben sich einige obere Beamte, ungeachtet der entgegenstehenden Dienstvorschriften, ihr in Reichsmark empfangenes Gehalt über den Kassentisch hinweg in Goldanleihe aus Steuereingängen eingetauscht. Einer dieser Herren soll sogar vor dem Zahlungstage, dem 1. November, eigenmächtig Goldanleihe aus den an die Reichskasse abzuführenden Steuereingängen gegen Reichsmark aus früheren Gehaltszahlungen entnommen haben. Diese weit über die dienstlichen Befugnisse hinausgehenden Handlungen würden zwar zu Nutzen der betreffenden Beamten gehen, aber zu Lasten des Reichs, dem es nicht gleichgültig sein kann, ob ihm die Steuern in progressiv entwerteter Papiermark oder in wertbeständiger Goldanleihe zufließen. Im öffentlichen und steuerlichen Interesse ist eine sofortige Prüfung geboten und notwendig.

Werktarife heute unverändert. Die Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilen mit, daß der Preis für Gas, Wasser und Strom am 6. d. Mts. unverändert bleiben. Die Entwässerungsgebühr beträgt 15 Milliarden.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Alle bis jetzt noch nicht verkauften Karten für die Proletarischen Feierstunden sind bis Mittwoch, den 7. November, an das Bureau des Bezirksbildungsausschusses zurückzugeben. — **Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin.** 13. Kreis (Tempelhof-Mariendorf). Wegen der Versammlungen am Dienstag fällt der Kursus in der Werder-Schule diese Woche aus und nimmt nächsten Dienstag seinen Fortgang. — 14. Kreis (Neukölln). Für die Arbeitsgemeinschaft Neukölln (Genosse Grunwaldt) findet der nächste Unterrichtsabend nicht Freitag, den 9., sondern Donnerstag, den 8. Nov., statt.

Copyright Georg Müller, München.

17]

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Und von Himmel und Meer hoben sich diese Wolkenschichten als feste Berge ab, die blau mit weißen Streifen, mit Schneekappen auf den Gipfeln, sich in langem Zuge nach Südwesten hinziehen. Es ist ein Heer von Steinriesen, die über das Meer hingewandert sind und jetzt halt gemacht haben, um nachzudenken.

Sie sahen schon gelbe Leuchtfeuer, die zwischen den Felsen auf das Meer hinausblickten, und sie hörten ein fernes Lärmen, als sänge das Meer; das war die See, die sich an den Klippen und Schären an der unruhigen Küste dort drüben brach.

Die vielen Segler auf dem Westfjord nahmen jetzt nach den Leuchtfeuern den Kurs auf die verschiedenen Fischerplätze zu, bei denen sie den Winter über arbeiten wollten.

Später am Abend lief die „Robbe" durch einen Sund mit roten und grünen Lichtern an den Seiten, und da drinnen, unter einer schroffen Feldwand lag der Fischerplatz, Licht an Licht aus Häusern und auf den Brücken an Land, von Kajüten und Masten im Hafen. Das schwarze Wasser des Sundes war von Lichtstreifen übergossen, und ein strenger Geruch von Tran, Teer und Fischen schlug einem entgegen.

Dann wurde die „Robbe" verankert, bis ihr der Hafenaufseher ihren Platz anwies, und nun lag sie in den Lichtstreifen, grau von all dem angefrorenen Meerwasser.

Und die Männer stampften an Land, steifbeinig; das Eis auf ihren Kleidern, das jetzt, als sie sich in Bewegung setzten, zu zerbrechen begann, raschelte, und sie gingen auf ein niedriges, gelbgetünchtes, kleines Haus zu, das zwischen hundert anderen gleicher Art lag und dessen Rasendach vom Licht beschienen war. Es war die Behausung, die sie mit der Besatzung vom „Meerleuchten" im Winter teilen sollten.

Aber Kristaver begab sich sofort nach dem Telegraphenamt und schrieb hier mit den aufgeschwollenen Händen mühselig das Telegramm, das in jedem Jahr gleich lautete, und auf das Frau und Kinder in den grauen Hütten dort im Süden warteten.

„Alle Bekannten angekommen. Alles wohl. Kristaver."

Dann richtete er sich auf und verschnaufte. Er hatte seit dem frühen Morgen am Steuer gestanden. Und so ein Tag auf dem Westfjord greift an.

9.

Als die Männer an dem Hause ankamen, lag eine große Schneewächte vor der Tür, und während die übrigen sich daran machten, sie wegzuschaffen, holte Kaneles beim „König" des Fischerplatzes die Schlüssel der Hütte.

Schnee stiebte ins Haus, als sie endlich die Tür öffnen konnten, und der erste Raum war leer, denn hier sollten Mehlsäcke, Tonnen, Vorratskisten und Netze aufgestapelt werden. Aber als sie im nächsten Raum ein Streichholz angezündet hatten, sahen sie auch hier Schnee, der hereingeschneit war, auf dem Fußboden, wie auch auf den Pritschen an der Wand. Ein kleines Fenster nach dem Sund zu war ganz blind vom Seewetter draußen und von Spinngeweben innen, der Fußboden war schawrz, es roch hier nach Fischen, nach Fellen, nach Moder. In diesem Raum sollten die beiden Besatzungen, zwölf Mann im ganzen, den Winter über hausen. Hier war es eiskalt wie in einem Schuppen.

„Mir scheint gar, der Draug*) hat vergessen, die Stube für uns aufzuräumen," sagte Kaneles.

Ueber dem Tisch hing eine Lampe mit ein wenig Oel, sie wurde angezündet, man fand ein paar Scheite Holz und machte Feuer in dem rostigen Ofen, wo ein schwarzer Kaffeekessel ihrer wartete, mit einem Rest brauner Brühe vom vorigen Jahr. Es war auch eine kleine Küche in dem Hause, und da draußen in dem verschneiten Herd stand ein schwarzer Topf mit ein wenig Suppe, die sie wegzugießen vergessen hatten, als sie voriges Jahr nach Hause fuhren.

„Na, Henrik, jetzt binde nur die Schürze um!" sagte Elezeus.

Henrik Nabben pflegte für Gemütlichkeit und Reinlichkeit im Hause zu sorgen, und während die anderen Vorratskisten und Decken vom Boot hereinschleppten, holte Henrik Wasser, spülte Kessel und Topf aus und fegte den Schnee vom Fußboden und Pritschen. Als die Männer nachher hereinkamen, begannen bald Bart und Haar zu tropfen, weil das Eis in der Ofenwärme schmolz. Nun warfen sie die Oelröcke ab und tauten die gefrorenen Stiefel am Ofen auf. Es dauerte seine Zeit, ehe sie weich genug wurden, daß man sie ausziehen konnte. Draußen in der Küche prasselte schon das Feuer unter einem großen Topf mit Wasser, und der Kessel verbreitete Kaffeeduft in der Stube.

„Wir müssen heute abend doch Essen kochen," sagte Henrik und stand in der Küchentür, noch in seinen Wasserstiefeln. „Elezeus, du mußt aufs Meer hinaus und für frische Fische sorgen."

„Das werden wir machen," grinste Elezeus. Er hatte schon Pantoffel an und trottete zur Tür hinaus.

Elezeus war mit allen Bewohnern des Fischerplatzes gut Freund, und es dauerte nicht lange, bis er mit drei mächtigen Dorschen in der einen Hand und einem Wasserschöpfer voll Leber in der anderen zurückkam. Das hatte er von einem Fischer entliehen, der hier zu Hause war.

„Teufel auch, das soll ein Essen geben," sagte Kristaver, als er gleich darauf zur Tür hereinkam.

Bald kreiste das Schnapsglas, alle nickten und tranken sich zu. Gut tat es, heißen Kaffee zu bekommen, aber wenn die Kälte draußen auf dem Meer grimmig gewesen war, so begannen jetzt hier drinnen in der Wärme Finger und Zehen ganz mörderisch zu schmerzen. Die Männer schlugen die Hände gegeneinander, schüttelten die Finger und sprangen in Pantoffeln in der Stube umher, aber schließlich blieb nichts weiter übrig, als die Strümpfe auszuziehen und dann hinauszugehen und Hände und Füße eine Weile in den Schnee zu stecken.

Und gerade als die Kartoffeln gekocht waren und Fisch und Leber dampfend auf der Schüssel lagen, gab es draußen ein großes Getrappel und die Besatzung vom „Meerleuchten" kam hinter Per Suzansa zur Tür herein.

Scharfe Kälte strömte von ihnen aus, Pelze, Bärte und Haar waren grau von Eis, es wurde so kalt in der Stube, es war, als bringe jeder der Männer einen Wintertag mit.

„Das ist recht! Ihr habt das Essen schon fertig, sehe ich," sagte Per Suzansa und lachte.

Kristaver war schon aufgestanden und schenkte ihnen einen Schnaps ein, zum Willkommen auf dem Lofot, und sie gaben ihm Bescheid und sagten selbst: Willkommen. Bald hatten die Neuankömmlinge alles Nötige aus dem Boot hereingeschafft und die Stiefel ausgezogen, und nun saßen sie um den Tisch versammelt, zum erstenmal in diesem Jahr, alle zwölf, die den Winter über einen Hausstand bilden sollten.

(Fortsetzung folgt.)

*) Draug = Seegespenst.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis. Prenzlauer Berg. Die Genossinnen besuchen am Dienstag abend alle die öffentliche Versammlung in der Brauerei Friedrichshain. — Mittwoch, den 7. November, 6 Uhr im Bezirksamt, Zimmer 311, **gemeinsame Sitzung der Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten.** Vortrag des Genossen Bürgermeister Zahn über: „Die Aufgaben der Gemeindepolitik."

5. Kreis. Friedrichshain. Achtung, Bildungskommission! **Heute abend um 6 Uhr im Gesolbau. — Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutzkommission! Obleute der Kommunalen Kommission, Abteilungsleiterinnen, Funktionärinnen!** Mittwoch, den 7. November, 7 Uhr im Zimmer 34, Markusstr. 49, Sitzung.

7. Kreis. Charlottenburg. Heute, Dienstag, den 6. November, 7½ Uhr im Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26 (Erdgeschoß). 1. Vortrags- und Diskutierabend der Freien Schulgemeinde. Thema: „Staatliche Schulaufsicht und staatliche Schulverwaltung." Ref.: Gen. Dr. Herring.

8. Kreis. Wilmersdorf. Die Mitglieder des engeren Kreisvorstandes, die Abteilungsführer und ihre Stellvertreter, die Abteilungskassierer, Obleute des Propagandaausschusses und die Mitglieder müssen zu einer wichtigen Besprechung schon um 6 Uhr im „Viktoriagarten" anwesend sein. Erscheinen Pflicht. — Mittwoch, den 7. November, finden die Zahlabende in den Abteilungslokalen statt.

12. Kreis. Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz. Die Abteilungen 83 und 84 werden gebeten, sich an der öffentlichen Versammlung in Steglitz rege zu beteiligen und auch für rege Propaganda zu sorgen.

Heute, Dienstag, den 6. November:

8. Abt. Die Parteigenossen nehmen am Dienstag an der Versammlung in Schöneberg, Uhland-Schule, Kolonnenstr. 22/23, teil.

12. Abt. Die Ordner der Abteilung müssen **heute um 6½ Uhr anwesend sein** und sich bei dem Obmann Zahn in den Arminiushallen, Bremer Str. 72, melden.

74. Abt. Zehlendorf. 8 Uhr bei Mickley, Potsdamer Str., Funktionärkonferenz.

88. Abt. Schöneberg. Die Funktionärkonferenz findet **nicht heute**, sondern am Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr statt.

91. Abt. Neukölln. Dem Genossen Johann Schröder, Neukölln, Hermannstraße 59, ist das Parteibuch verlorengegangen. Es wird gebeten, dieses Buch anzuhalten.

101. Abt. Treptow. Die Genossen nehmen an der öffentlichen Versammlung in Baumschulenweg teil. Treffpunkt zum gemeinsamen Abmarsch 6½ Uhr Kiefholz- Ecke Treptower Straße, am Verbinder.

Morgen, Mittwoch, den 7. November:

29. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Büttner, Schwedter Str. 23. Tagesordnung: Bericht vom Bezirkstag. Ref.: Gen. Otto Meier, M. d. L. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

31. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung, Schulaula Schönfließer Straße 7. Thema: „Die politische Lage." Ref.: Gen. Brinizer. 2. Neuwahl der Abteilungsleitung. Die Bezirksführer müssen einladen. Beiträge werden von 6½ bis 7½ Uhr kassiert.

47. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen.

Charlottenburg. 58. Abt. 7½ Uhr Funktionärversammlung bei Liersch, Kantstr. 62. Kein Bierzwang. — **56. Abt.** 7½ Uhr bei Schmidt, Nonnestraße 30, Funktionärsitzung, Gartenhaus ptr.

98. Abt. Halensee. 7½ Uhr bei Sandmann, Westfälische Str. 42, Mitgliederversammlung. Thema: „Die politische Lage." Ref.: Gen. Fritz Zubeil, M. d. R.

84. Abt. Lankwitz. 7 Uhr Vorstandssitzung. — 8 Uhr Funktionärsitzung bei Schulz, Kurfürstenstr. 37. Pünktliches Erscheinen notwendig, da sehr wichtige Sitzungen.

104. Abt. Niederschöneweide. 7½ Uhr im Konferenzzimmer der Knabenschule Judowerz Str., Vorstandssitzung.

106. Abt. Cöpenick. 7½ Uhr in der Aula der Körnerschule Lindenstraße, Mitgliederversammlung. Thema: „Die politische Lage." Ref.: Gen. Wilhelm Hoffmann, M. d. R. 2. Neuwahlen des Vorstandes.

Jungsozialisten. Gruppe Britz. 7½ Uhr im Jugendheim. Aussprache mit Hauptmann v. Beerfelde über: „Vom Wesen der Revolution." Jedermann ist eingeladen.

*

32. Abt. Donnerstag, den 8. November, 7 Uhr Funktionärkonferenz im Zimmer 56 der Schule Lange Str. 31. Die Bezirksführer rechnen ab.

Arbeitersport.

Ausschreibungen zum Jugendschwimmfest des 6. Bezirks.

Am Sonntag, den 20. Januar 1924, nachmittags 3 Uhr, findet in der Städtischen Badeanstalt Dennewitzstraße das Jugendschwimmfest des 6. Bezirks im 1. Kreise statt. 1. Reigen (Freie Schwimmer Charlottenburg). 2. Männl. Jugendstafette, beliebig, 4×2 Bahnl. 3. Mädchenbrustschwimmen, 2 Bahnl. 4. Knabenrückenschwimmen, 4 Bahnl. 5. Weibl. Jugendstafette, 4×2 Bahnl. 6. Männl. Jugendseitschwimmen. 4 Bahnl. 7. Mädchenrückenschwimmen, 2 Bahnl. 8. Hauptschwimmen, beliebig, 20 Bahnl. für Männer. 9. Männl. Jugendbrustschwimmen, 4 Bahnl. 10. Weibl. Jugendschwimmen, 2 Bahnl., beliebig. 11. Jugendspringen, 5 Sprünge, 2 Pflichtsprünge aus A., Nr. 40, 57, 74, 2 Kürsprünge. 12. Knabenbrustschwimmen, 4 Bahnl. 13. Rettungsvorführungen (Vorwärts Berlin 1897). 14. Männl. Jugendbruststafette, 4×2 Bahnl., für Vereine ohne Winterbad. 15. Männl. Jugendschwimmen, beliebig, 4 Bahnl. 16. Kombinierte Kinderstafette, 6×2 Bahnl., 3 Mädchen, 3 Knaben; es startet abwechselnd 1 Mädchen und 1 Knabe; die Mädchen schwimmen Brust, die Knaben Hüb. 17. Gruppenstafette. 4×2 Bahnl., beliebig; jede Gruppe 1 Mannschaft; die Mannschaft wird vom Gruppenschwimmwart zusammengestellt und gemeldet. 18. Männl. Jugendstreckentauchen, 20 Teller. 19. Hauptspringen für Männer, 6 Sprünge; 2 Pflichtsprünge aus A.; Nr. 8 mit angelegten Armen, Nr. 67 aus dem Stand; 2 Pflichtsprünge aus B., 1 Pflichtsprung aus C.; 1 Kürsprung. 20. Weibl. Jugendbrustschwimmen, 4 Bahnl. 21. Männl. Jugendlagenstafette, 4×2 Bahnl. 22. Männer-Wasserballspiel, 2×5 Mann, 2×7 Minuten; kombinierte Bezirksmannschaft—Vorwärts Berlin 1897. 23. Jugend-Wasserballspiel, 2×5 Mann, 2×5 Minuten. — Die Wettkämpfe sind offen für alle Vereine des 6. Bezirks des 1. Kreises und finden nach den Bestimmungen der ASD. statt. Die Meldungen sind mit dem Kennwort „Meldungen" an Max Eckert, Berlin NW. 87, Beusselstr. 15, einzureichen. Meldeschluß Sonntag, den 16. Dezember. Meldeeröffnung Montag, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Wesella, Lichtenberg, Hauptstr. 6.

Der Arbeiter- Turn- und Sportbund, der trotz aller Schwierigkeiten bisher ununterbrochen seine Zeitungen an die Mitglieder herausgeben konnte, hat zurzeit nicht die Möglichkeit, dieses fortführen zu können. Die katastrophale Geldentwertung sowie die verspäteten Einsendungen für Bundesbeiträge und Rechnungen der Vereine hat für die Bundeskasse eine solch erschreckende Wirkung gehabt, daß die Zahlung der Löhne und Gehälter eingestellt werden mußte. In freiwilliger, unbezahlter Organisationsarbeit versucht der Bundesvorstand in Leipzig auszuharren, bis der von 10 auf 100 Millionen Mark erhöhte Bundesbeitrag für November von den Vereinen eingesandt ist. Senden die Vereine nicht sofort die noch restlichen 4 Millionen für Oktober und den 100-Millionen-Mark-Beitrag für November sowie das Geld für außenstehende Rechnungen und Zeitungen ein, dann wird der Zusammenbruch der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in aller Kürze zur Tatsache.

Achtung, Fahrpreisermäßigung! Die Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege teilt mit: Sämtliche Vereine, die die Fahrpreisermäßigung für die Jugendpflege in Anspruch nehmen wollen, müssen sich, da neue Scheine ausgegeben werden, **aufs neue bei den zuständigen Eisenbahndirektionen eintragen lassen.** Dazu bedürfen sie einer von der **Zentralkommission zu beziehenden Bescheinigung** über ihre Zugehörigkeit zu einem Arbeitersportverband, der der Zentralkommission angeschlossen ist. Die Ortskartelle werden ersucht, die Bescheinigungen schleunigst zu bestellen.

Berliner Schwimm-Union 1913. Die nächste Sitzung für sämtliche Mitglieder über 17 Jahre ist am Donnerstag, den 8. November, abends 7½ Uhr, im Vereinslokal von Torno, SO. 16, Michaelkirchstr. 20. Die Uebungsstunden sind jeden Mittwoch in der Badeanstalt Bärwaldstraße, jeden Freitag im Stadtbad Friedrichshain (an der Schillingsbrücke) von 6½—8½ Uhr für sämtliche Abteilungen reserviert.

Sportverein Moabit. Leichtathletik, Hockey, Fußball, Handball, Turnen. Männer-, Frauen-, Jugend- und Schülerabteilung. Hallentraining jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 8—10 Uhr in der Turnhalle Rostocker Straße 32. Schüler-Abteilung jeden Mittwoch und Freitag von 6—8 Uhr ebenda. Dienstag, den 6. November, 7 Uhr, Vorstandssitzung im Klassenzimmer der Rostocker Schule. Jeden Donnerstag Sitzung der Fußball-Abt. um 8 Uhr bei Pilz, Rostocker Str. 27 (Moabit 3470). Donnerstag, den 8. November, 7½ Uhr, Sitzung der Hockey-Abt. bei Herold, Jagowstr. 23. Für unsere Handball-Jugendmannschaft werden laufend Spiele auf Gegners Platz gesucht. Zuschriften an die Geschäftsstelle: Erich Richter, NW. 21, Wiclefstr. 20 IV. Vertreter der Hockey-Abt.: Willy Benik, NW. 87, Sickingenstraße 31. Vertreter der Fußball-Abt.: W. Dörband, NW. 5, Birkenstr. 12.

Athletik-Sport-Club e. V. Leichtathletik, Hockey, Handball, Rudern. Männer-, Frauen-, Jugendabteilung. Dienstag, den 6. November, 7 Uhr, Badeabend in der Städtischen Badeanstalt Schillingsbrücke. 7½ Uhr Hallentraining der Frauen-Abteilung in der Turnhalle der 66. Gemeindeschule, Lausitzerplatz 9. Freitag, den 9. November, 7½ Uhr Hallentraining der Männer- und Jugendabteilung ebenda. Schriftführer der Hockey-Abteilung: Hans Jaegel, Berlin O. 17, Koppelstr. 4. Geschäftsstelle: Alfred Behrendt, Berlin NW. 87, Rostendorfstr. 7.

Märkische Leichtathletik-Vereinigung. Heute abend 7 Uhr sportliche Lehrstunde in der Turnhalle Elisabethstr. 56 (Lichte-Ost). Am 13. November, 7 Uhr ebenda, Kampfrichterführung auf dem Fichteplatz in Treptow. Einteilung zum Hallensportfest.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Dienstag 7 Uhr, Elisabethstr. 57, leichtathletische Lehrstunde des 1. Kreises (vorbereitende Uebungen, Laufen, Weitsprung). — Mittwoch 7 Uhr, Weinmeisterstr., Sitzung der Männerturnwarte.

Goldumrechnungssätze

1 amerikanischer Dollar	420 Milliarden
1 Dollar Goldanleihe	420 „
Notgeldscheine ½ Dollar 210, ¼ Dollar 105, 1/10 Dollar 42 Milliarden	
1 Goldmark	100 Milliarden

1 Goldpfennig = 1 Milliarde, 5 Goldpfennig = 5 Milliarden usw.

Theater Lichtspiele usw.

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: Schweiger. Sonnabd. Premiere: Don Gil von den grünen Hosen

Komödienhaus 8 Uhr: Mein Vetter Eduard

Berliner Theater 7.30 Uhr: Dolly

Volksbühne 7½ FigarosHochzeit

Lessing-Th. Heute bis Donnerst. 7½ Uhr: Rausch. Freit. 7 Uhr: Faust

Scala 8 Uhr: Internat. Varieté

PATENTE Dr. Bogdahn, Anwalts- u. Treuh.-Verein bez., Ber. SW 11, Schulstr. Nr. 3.

Th. im Admiralspalast Tägl. 7½ Uhr Drunter und drüber

Deutsch Opernhaus 7½ Uhr: Tosca (Aktionärkart. gült.)

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½: Zar und Zimmermann

Intimes Theater 8 Uhr: Abendbesuch. Die k. u. k. Hose etc.

Lustspielhaus 7½: Nebeneinander. Volksstück 1923

Metropol-Theater 7½: Casinogirls

Dent. Künstler-Th. Allabendlich 8: Tybbke (Bu[illegible])

Apollo-Theater 7½ Allabendl. 7½ Die große Revue Europa spricht davon!

Neues Theat. a. Zoo 7½ Uhr: Die Luxusfrau

Schauspieler-Th. (Friedrich-Wilhelmstädt. Th.) Chausseestr. 30 7½: Eduard II.

Renaissance-Theat. 7½ U.: Die Tage des Lebens

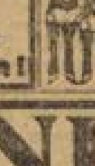
Thalia-Theater 7½: Scheidungsreise

Theater i. d. Kommandantenstr. Täglich 7½ Uhr: Charlie

Wallner-Theater 8 Uhr: Causa Kaiser

Casino-Theater 8 U.: Der Ehemann ohne Frau! Vorher bunter Teil

Th. a. Kottb. Tor Täglich 7½ Uhr, u. Sonntag nachm. 3 Uhr: ELITE-Sänger u. a. Esmeralda d. Tänzerin



URANIA

Taubenstraße 48

Dienstag, 6., Mittwoch, 7. November 1923, abends 8 Uhr

Wiederholung der Filmvorträge des bekannten Vortragsredners Obering. Dietr. W. Dreyer, Hannover.

Thema: **Der Ozean-Film**

Mit Schnellzug und Ozeandampfer von Berlin über Bremen nach New York.

Einlagen: Der Betrieb einer Lanzschen Dreschmaschine. Seemannshumor.

Kartenvorverkauf Uraniakasse.

Metropol-Varieté

Behrenstr. 54 — 8 Uhr — Behrenstr. 54

Nicht so stürmisch

Ferry Sikla — **Claire Waldoff** — Jenny Schäck

James Busch, Irma Jäger, Siegmund Flatow, Rudolf Sulzer, Siegfr. Glaser, Alexander Flessburg, Hensel. Solotänze: Betty Dupré u. Frid Orlinsky, Margie Conram

Rose-Theater 7½ Uhr: Im weißen Rößl

Wintergarten Varieté-Programm

Komische Oper Allabendlich 7½ die größte Revue des Kontinents: Die Welt ohne Schleier

Weißbierbühne Tägl. 7½ U. u. Sonnt. 3 U. Stettiner Sänger

Abschrift.

In der Strafsache gegen den Fischhändler **Paul Rossa** in Berlin, Greifswalder Straße 151, geboren am 17. Februar 1886 in Samotschin, Kreis Bromberg (Posen), wegen Preistreiberei usw. hat das Wuchergericht beim Landgericht I in Berlin, in der Sitzung am 9. Oktober 1923 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen übermäßiger Preissteigerung und zugleich unlauteren Handelns zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen und zu einer Geldstrafe von einhundert Millionen Mark, an deren Stelle, für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, für je zehn Millionen Mark ein Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der erzielte Ueberpreis von drei Millionen Mark im heute angemessenen Betrage von einhundertfünfzig Millionen Mark wird eingezogen.

1 J 1038. 23.

Berlin, den 30. Oktober 1923.

Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I.

Alte Zahngebisse von 100 Milliarden bis 2 Billionen, Photoapparate, Objektive, Prismengläser, Feldstecher werden höchstzahlend gekauft. Max Skigin, SW, Friedrichstr. 24 (Laden)

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind

Dirin

Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

„THE KID"

VERFASSER, REGISSEUR u. HAUPTDARSTELLER CHARLIE CHAPLIN

Unter den Mitwirkenden: JACKIE COOGAN / EDNA PURVIANCE

Der Film, der in der ganzen Welt durch viele Monate auf das Publikum die ungeheuerste Anziehungskraft ausübte

URAUFFÜHRUNG IN DEN UFA-LICHTSPIELEN TAUENTZIEN-PALAST AM 9. NOVEMBER 7 UHR

Vorverkauf ab Heute 11—1 Uhr

Am 5. November 1923 starb nach kurzer, schwerer Krankheit im 55. Lebensjahre die Stadtverordnete, Frau

Gertrud Zucker geb. Simmel

Dezernent I Landesarbeitsamt Berlin

Im Namen der Hinterbliebenen:
Dr. Ernst Simmel
Bln.-Grunewald, Kasper-Theißstr. 9

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 8. November, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! **Chirurgische Branche!**

Mittwoch, den 7. **November, nachmittags 5 Uhr,** in den **Sophiensälen,** Sophienstraße 16/17:

Branchenversammlung

Mittwoch, den 7. **November, nachmittags 5 Uhr,** im **Verbandshause** (Arbeitslosensaal), Linienstraße 83/85:

Außerordentliche Branchenversammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker.

Alle Kollegen haben bestimmt zu erscheinen.

Achtung! **Bauanschläger** Achtung!

Mittwoch, den 7. **November, nachmittags 5 Uhr,** bei **Seewaldt,** Zossenstr. 7:

Branchenversammlung

56/11 — **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin

Vom 5. November 1923 ist der Höchstgrundlohn bis auf weiteres auf 160 Milliarden Mark festgesetzt. Der tägliche Beitrag der höchsten Stufe beträgt 6 Milliarden Mark. Anspruch auf die höheren Barleistungen ab 2. Dezember 1923.

Berlin, den 3. November 1923. 21/8
Fr. Moersbach. O. Gohl.

Marken-Zigaretten Tabake, Zigarren

Waldorf, Josetti, Problem, Salem, Bota, Kronstama, Constantin, Greiling und viele andere Marken **weit unter Tagespreis.** Tabak-Großhandlung H. Riesenburger, Fennstr. 31, am Nordhaf. Tel. Moab. 1700

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 0,10 Goldmark. Das fette Wort 0,20 Goldmark (zulässig 2 fette Worte). Stellengesuche das 1. Wort (fett) 0,10 Goldmark, jedes weitere 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für 2 Worte. 1 Goldmark = 1 Dollar geteilt durch 4,20

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 1½ Uhr nachmittags in der Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin SW, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens 9 Uhr bis nachm. 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Qualitätsteppiche! aus erster Hand spottbillig, billige Fabrikabschlüsse. Schulz, Körnerstr. 6, an der Lützowstraße. *

Nähmaschinen. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 103. Kollendorf 4802. Eigene Reparaturwerkstatt.

Seifen verkaufen günstig engros und detail. Dr. Merson u. Langen, Karlstraße 18a. *

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Ulstermäntel, Ulsterjoppen, Maßvoranfertigung, beste Zutaten, Bequeme, diskrete Teilzahlung. Weiler Gottlieb, Nollendorfstraße 22a, Hochbahnhof Nollendorfplatz, 9—12, 3—7. *

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Kutschmäntel, Gesellschaftsanzüge, Kinderrücke, Grauwäsche, Damenwäsche, Wäsche zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Elegante Pelzjacken, Pelzmäntel, moderne Sportpelze, Gehpelze, Silberwäsche, Schals verkauft spottbillig Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 130. *

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues 1000000000 an. Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettgestelle. **Werkstatt Augustastr.** 30a, Quergebäude. *

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße aufgezeichnet. *

Neues Teilzahlungssystem, geringe Anzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel. Möbelschau, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße. 1075/8*

Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klobiermacher Ruf. Brunnenstraße 23. *

Flügel, Pianos, Harmoniums häufig Gelegenheiten, Rodenstein, Münzstr. 10*

Kaufgesuche

300 Milliarden zahlt Pianos Voigt, Telephon Neukölln 4802. *

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 129 45. *

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Hartmann, Barbarossaplatz 2. Kollendorf 2097. *

Schallplatten, alte, zerbrochene, kauft zu höchstem Tagespreis. Ringewald, Schreinerstr. 57, Hof parterre. *

Fahrräder kauft Linienstraße 13. *

Prismengläser, Feldstecher 9×, Photoapparate zahlt konkurrenzlose Preise Frank, Mückerstr. 56, Moritzpl. 141 62. *

Mauserpistolen und andere, Prismengläser, Jagdgewehre usw. bezahlt unüberbietbare Preise Frenßner, Kaiser-Friedrich-Straße 241 (Hermannplatz). *

Pistolen, Feldstecher, Zeiss höchstzahlend. Rose, Gollnowstr. 16. *

Prismengläser, Feldstecher 8×, kauft höchstzahlend auf Goldmarkbasis Haller, Siebenbergstraße Kolbeschn (Siedlung Bahnhof).

Kaufe Kabel, Litzen, Kupferdrähte, Wechseldrähte, Spulendrähte, Motoren, Glühlampen sowie sämtliches Installationsmaterial. Elektrizitäts-Werkstätte Neukölln, G.m.b.H., Kottbuser Damm 97, Moritzplatz 163 61.

Alte Autoreifen, Filmzelluloid kauft Horn, Grüner Weg 24. *

Fellankauf. Schafwolle, Rohhaare kauft laufend zum höchsten Tagespreis. Fabrikniederlage, Straßburger Straße 11. Amt Norden 5706 und 11 067.

Häutenkauf Gollnowstr. 9. *

Bücherankauf. Köhlhorn, Swinemünder Straße 7. Humboldt 480. *

Säcke, Planen, Emballage, Zwirne kauft höchstzahlend Ehlich, Mielenstr. 44 (Schönhauser Tor). Norden 3604.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6. *

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Beschreibkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Gerlachplatz 8. *

Kugellager, Autozubehör kauft Goldbaum, Gubahuser Allee 127. *

Kugellager, Nägel, Schraubenankauf, Alexandrinenstraße 96 III. *

Kugellager, Feilen, Sägeblätter kauft Riepler, Charlottenburg, Potsdamerstraße 63, 2. Hof. *

Verschiedenes

Vertrauenssache: Privatauskunft, Untersuchung, Ärztlich empfohlen. Hebamme Stolz, Warschauerstraße 1. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

„Vorwärts"-Austrägerinnen

werden sofort eingestellt

Berlin, Immanuelkirchstr. 24; Leutgebs Plan 14/15; Wilhelmshavener Str. 48. **Charlottenburg,** Sesenheimer Str. 1. **Lichtenberg,** Wartenbergstr. 1; Dorfstraße Str. 61. **Lichtenberg-Friedrichsfelde,** Frankfurter Allee 185, Laden. **Neukölln,** Ankerstr. 2; Siegfriedstr. 28/29. **Schöneberg,** Belziger Str. 37. **Tempelhof,** Kaiser-Wilhelm-Str. 18. **Wilmersdorf,** Kaiserplatz 10, ptr.

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Maschinenfalzer

tüchtig, welcher große Fertigkeit im Falzen von Chromtafeln für Farbendruck besitzt, für Wiener Lederfabrik per sofort

gesucht.

Offerte unter „Tüchtig 17" an die Annoncen-Expedition **Eduard Braun, Wien I, Strobelg. 2.** 1156/13